

# LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern



■ **Landespolizei**

Neuorganisation  
beschlossen

■ **Aktuelle Stunde**

EU-Agrarpolitik

■ **Bundes-**  
**versammlung**

Die Delegierten  
aus M-V

■ **Engagement**

FSJ in der Demokratie

■ **Schlossgeschichten**

Was von der BUGA  
blieb

■ **Jubiläum**

850 Jahre Schwerin



7. Juli  
5 / 2010

Seite 3

**Spezial**Freiwilliges soziales Jahr  
in der Demokratie

Seiten 4 – 5

**Aus dem Plenum****Aktuelle Stunde**Zukunft der EU-Agrarpolitik  
und die Entwicklung  
der ländlichen Räume

Seiten 6 – 11

**Weitere Themen**Landes-Schiedsstellengesetz  
Baukultur in M-V  
Energieeffiziente Sanierung  
Videoüberwachung  
Weitere Beschlüsse  
Wahl der Delegierten  
zur 14. Bundesversammlung

Seiten 12 – 18

**Auszüge aus der Debatte:**

Neuorganisation der Landespolizei

Seiten 19 – 20

**Aus den Ausschüssen****Europa- und Rechtsausschuss**

Anhörung zum Kohäsionsbericht

**Internationales**

8. Parlamentsforum Südliche Ostsee

Seiten 21 / 27

**Panorama**Landtag vor Ort in Anklam  
Tag der offenen Tür im Landtag  
Lichtinszenierung des Schlosses  
Gewinnspiel

Seite 22

**Schlossgeschichten**

Was von der BUGA blieb

Seiten 23 – 26

**Stadtjubiläum**

850 Jahre Schwerin – Festumzug

Seite 28

**Chronik**Titelfoto (Jörn Lehmann)  
Das Schweriner Schloss**Impressum**

Herausgeber:

**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:** Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
Claudia Richter**Layout:** Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de**Druck:** produktionsbüro TINUS

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen  
haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen  
manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen  
Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben  
nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers  
wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich  
geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher  
Genehmigung des Herausgebers.Die LandtagsNachrichten können kostenlos  
bezogen werden. Bestellungen sind an den  
Herausgeber zu richten.

# Demokratie mit dem Herzen aufnehmen

■ Kurz vor der mündlichen Abiturprüfung war es soweit: Das Telefon klingelte. Auf die Zusage für ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) im Landtag hatte ich gehofft. Nach der Schule wollte ich Interessantes und Sinnvolles tun, mich ausprobieren und einbringen. Ein FSJ in der Demokratie schien das Richtige zu sein. Und das war es auch. Im September 2009 starteten 25 neugierige junge Menschen ihren freiwilligen Dienst bei Institutionen, Vereinen und Landtagsfraktionen. Mein neuer Arbeitsplatz wurde die Stabsgruppe des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Das durch Vorurteile geprägte Bild von langweiliger Verwaltungsarbeit löste sich schnell auf. Stattdessen sollte ich beispielsweise Vorschläge für die geplante Überarbeitung des Internetauftritts des Parlaments und Möglichkeiten der Jugendbeteiligung machen.

Vor allem habe ich die Entscheidungsfreiheit, wofür ich selbst eintreten möchte, sehr zu schätzen gelernt. Meine Ideen wurden offen aufgenommen und auch die Umsetzung erlebte ich unmittelbar. Konkret wurde die Landtagsarbeit auch bei den Aktionen von „Landtag vor Ort“ im Rahmen der Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“. Meiner Ansicht nach ist es sehr wichtig, nicht nur an seinem Arbeitsplatz vor sich hinzuarbeiten, sondern auch mit den Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen. Mein persönlicher Anspruch war es, die Arbeit des Landtages in einer Demokratie für Jeden greifbar zu machen. Dieses tägliche Formen und Mitgestalten der Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern ist äußerst vielseitig und komplex. Demokratie ist dabei nicht einfach gegeben, sondern sie muss täglich neu geachtet, bewahrt und gepflegt werden. Sie ist äußerst lebendig und interessant – und sie ist zerbrechlich. Was für Möglichkeiten hätte ich ohne sie? So wuchs sie mir mit jeder Plenarsitzung und jeder betreuten Besuchergruppe immer mehr ans Herz. Das FSJ ermöglichte es, die landespolitische Situation über einen längeren Zeitraum zu beobachten und getroffene Entscheidungen als Ergebnis einer langen



Foto: Claudia Richter

Philipp Hein (19 Jahre) ist Absolvent eines Freiwilligen Sozialen Jahres im Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Ab August wird er internationales Management mit dem Zielsprachraum China an der European Business School in Oestrich-Winkel (Hessen) studieren.

Meinungsbildung zu verstehen. Was als Schaubild im Sozialkundeunterricht gelehrt wurde, erlebte ich hautnah.

Dabei konnte ich mir im Plenum und in den Ausschüssen ein Bild davon machen, wie Politik funktioniert.

„Schauen Sie mal als Unbefangener darauf“, war ein Satz, den ich oft zu hören bekam. Was am Anfang leicht fiel, entwickelte sich schon bald zur Schwierigkeit. Ich habe gesehen, wie schnell ich selbst zum „befangenen Beobachter“ der politischen Bühne wurde. Darauf zielt auch meine Botschaft an Politiker ab. Sehr schnell steckt man in der – oftmals sehr zeitintensiven und anspruchsvollen – Arbeitswelt der Politik. Dass all dies an das Wohlergehen der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern angelehnt ist, sollte sich jeder Beteiligte stets vor Augen halten.

Für die Zukunft des Freiwilligendienstes wünsche ich mir von den Politikern meines Heimatlandes richtungweisende Entscheidungen. Mecklenburg-Vorpommern war das zweite Bundesland, das ein FSJ im politischen Bereich ermöglicht hat, und nahm eine Vorreiterrolle ein. Um diese Position ausbauen zu können, sollten noch mehr Jugendliche im Land die Möglichkeit bekommen, ihren Beitrag zu einer demokratischen Bürgergesellschaft zu leisten. In diesem Jahr entfielen auf 25 Einsatzplätze mehr als 50 Bewerbungen. Der Wille zur Beteiligung und zum freiwilligen bürgerschaftlichen Engagement von Seiten der Jugendlichen ist offenkundig gegeben. Nach einem Jahr im Landesparlament ist es nicht mein Ziel, Abgeordneter zu werden. Eine politische Karriere sollte auf der Grundlage von Lebenserfahrung in mindestens einem anderen Bereich stehen. In jedem Fall legte mein FSJ im Landtag die Basis, die parlamentarische Demokratie auch mit dem Herzen aufzunehmen und ihre Chancen mit mehr als nur zivilgesellschaftlichem Engagement zu nutzen. Erfahrungen, die bleiben und wirken.

**Philipp Hein**



## „Mir hat das FSJ sehr viel gebracht“

**Sieben junge Leute absolvierten im Landtag ein Freiwilliges Soziales Jahr in der Demokratie**

Sieben junge Leute absolvierten im Landtag ein Freiwilliges Soziales Jahr in der Demokratie. v.l. Philipp Hein (Landtagsverwaltung), Jan Kuhlen (CDU-Fraktion), Philip Warncke (Landtagsverwaltung), Ulrike Pillukat (SPD-Fraktion), Malte Ising (Landtagsverwaltung). Marius Leschkowski (DIE LINKE) und Johannes von Boetticher (FDP) fehlen auf dem Foto.

■ In diesem Jahr haben in Mecklenburg-Vorpommern 25 Jugendliche ein Freiwilliges Soziales Jahr in der Demokratie absolviert. Der Landtag geht als Einsatzstelle mit gutem Beispiel voran – jede demokratische Fraktion integrierte einen FSJler in den Arbeitsalltag, die Landtagsverwaltung nahm wie im Vorjahr drei junge Leute auf. Aber auch viele Verbände, Vereine und Institutionen profitierten von dem Einsatz vieler Freiwilliger in der Demokratie. „Dabei zogen beide Seiten einen großen Nutzen, und für die Gesellschaft ist ein erheblicher Mehrwert entstanden“, sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider bei der Abschlussveranstaltung am 29. Juni im Schweriner Schloss. Sie dankte den jungen Menschen für ihr Engagement und ermutigte sie, sich auch künftig für Demokratie und Toleranz in einem weltoffenen Mecklenburg-Vorpommern einzusetzen. Philipp Hein, Malte Ising und Philip Warncke berichten für die LandtagsNachrichten von ihren Erfahrungen.

1. Warum hast du das FSJ-D im Landtag absolviert? 2. Welche Erfahrung in diesem Jahr findest du besonders wichtig?

### Malte Ising

1. Ich bin ausgemustert worden und musste somit keinen Wehr- bzw. Wehrdienstersatz leisten. Nach dem Abitur wollte ich nicht gleich studieren, aber dennoch etwas Sinnvolles machen. Von meiner Mutter habe ich erfahren, dass es ein Freiwilliges Soziales Jahr in der Demokratie gibt. Das schien mir die perfekte Alternative zu sein, und ein guter Einblick in die Arbeitswelt ist es auch. Außerdem habe ich mir von dem FSJ erhofft, ein Berufsziel für mich zu finden, auf das ich später hinstudieren kann. Denn in meinen Augen ist es für die eigene Motivation und Leistung wichtig, ein Ziel vor Augen zu haben.

2. Dass versucht wurde, uns FSJler bestmöglich in viele Arbeitsprozesse zu integrieren, und dass uns auch Kompetenzen zugestanden wurden, z.B. die eigenverantwortliche Durchführung des Parlamentsspiels. Des Weiteren zu sehen, dass viele Politiker nicht abgehoben sind, sondern ganz normale Menschen, die sich für die Belange der Menschen in M-V einsetzen. Auch, mit welcher Entschlossenheit die demokratischen Fraktionen der NPD entgegneten. Für mich persönlich nehme ich mit, dass sich Anstrengung und investierte Zeit für bestimmte Projekte immer auszahlen und man nicht beim kleinsten Gegenwind zurückschrecken sollte.

### Philip Warncke

1. Für den Landtag habe ich mich aufgrund seiner herausragenden Stellung im Prozess der politischen Willensbildung – und natürlich auch wegen seines märchenhaften Sitzes Schweriner Schloss – entschieden.

2. Ehrlich gesagt, wusste ich zu Beginn nicht besonders viel über den Aufbau und die Funktionsweise eines Parlamentes, geschweige denn über die Struktur und den Alltag einer öffentlichen Einrichtung. Es existieren teils kuriose Vorstellungen, wie es in einer obersten Landesbehörde zugeht: von einem wuselnden Haufen von Beamten, die den ganzen Tag hektisch Berge von Papier von A nach B transportieren, bis hin zu einem Verein Kaffee trinkender Sachbearbeiter, die gemeinsam die Stunden zählen. Beides ist natürlich weit gefehlt. Es ist das lockere und zugleich gut strukturierte Miteinander, das die tägliche Arbeit der Landtagsverwaltung charakterisiert. Sie ist effektiv, ohne dabei das menschliche Gesicht zu verlieren, und schafft es, in einem historischen Gebäude als moderner Dienstleister des Parlamentes zu agieren.

Besonders wichtig ist mir, mehr über den Umgang mit Kollegen, die parlamentarische Praxis und das wunderschöne Schlossensemble gelernt zu haben.

### Philipp Hein

1. Ich habe nach einer Möglichkeit gesucht, die Zeit meines Freiwilligen Sozialen Jahres so effektiv wie möglich zu gestalten. Dabei ging es mir vorrangig darum, viele Erfahrungen zu sammeln, die mir im Leben nützlich sind; sei es bei der Organisation von Arbeit oder im Umgang mit Menschen. Deshalb habe ich das FSJ im Landtag Mecklenburg-Vorpommern absolviert.

2. In diesem Jahr hatte ich die Möglichkeit, landespolitische Entwicklungen und die dabei handelnden Akteure über einen längeren Zeitraum zu verfolgen. So konnte ich mir ein tiefgründiges Meinungsbild zu wichtigen Themen in Mecklenburg-Vorpommern bilden.

Interessant war es auch, mich im Rahmen der Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ für ein demokratisches und weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern einzusetzen. Den angehenden FSJlern wünsche ich viel Erfolg und Freude bei der Ausgestaltung ihrer eigenen Arbeitsschwerpunkte. Mir persönlich hat das FSJ sehr viel gebracht.

*Eine Kolumne von Philipp zum FSJ im Landtag finden Sie auf Seite zwei.*

# Ausgleich für Landwirte gefordert

**EU-Agrarpolitik war Thema der Aktuellen Stunde**

■ Die EU-Agrarpolitik und ihre Folgen für Mecklenburg-Vorpommern standen im Mittelpunkt der Aktuellen Stunde am 9. Juni im Landtag. Künftig sei weniger Geld aus Brüssel für das Land zu erwarten, weil durch die EU-Erweiterung ärmere Staaten in die Union gekommen sind, hieß es. Ein Ausgleich für die deutsche Landwirtschaft sei aber weiterhin notwendig, forderten die Redner. Das Thema „Zukunft der europäischen Agrarpolitik und die Entwicklung der ländlichen Räume“ hatte die SPD-Fraktion auf die Tagesordnung gesetzt.

Im Jahr 2013 beginne eine neue Förderperiode, sagte die SPD-Landwirtschaftsexpertin **Ute Schildt**. „Wir werden uns der Wahrheit stellen müssen, dass für die einzelnen Nationalstaaten, für die einzelnen Bundesländer weniger Geld zur Verfügung steht“, betonte sie. Jetzt komme es darauf an, sinnvoll zu fördern. „Wir müssen jetzt und heute anhand der Bedingungen der neuen Agrarförderung eine eigene Handschrift schaffen“, forderte die Abgeordnete. Dabei müssten unter anderem Fragen zur Stabilität der Betriebe, zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung zu bezahlbaren Preisen und auch zur nachhaltigen Pflege der Kulturlandschaft beantwortet werden. Ihre Fraktion stehe hinter dem Landwirtschaftsminister, der bereits eigene Vorstellungen in die Diskussion eingebracht hat.

Die Europäische Agrarpolitik nach 2013 sei eines der wichtigsten Themen für das Land, bestätigte auch **Helmut Holter**, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. Ihm sei es wichtig, dass die Landespolitik in diesem Fall Einigkeit demonstriert. „Weil es um die Zukunft und das Wohl der Be-

völkerung in unserem Lande geht“, begründete er. Er kritisierte – genau wie die SPD – die Beschlüsse der Agrarministerkonferenz, die jüngst in Plön (Schleswig-Holstein) tagte. Von dort sei nur ein „Weiter so!“ gekommen, aber kein neues Konzept. Dies würden die Bauern nicht akzeptieren. Auch in Zukunft müsse sowohl die landwirtschaftliche Produktion gestärkt als auch die Entwicklung des ländlichen Raumes insgesamt beachtet werden. Die Entwicklung der Lebensqualität auf dem Dorf spiele eine wichtige Rolle.

Die mitregierende CDU warnte vor voreiligen Zugeständnissen. „Wir dürfen auf keinen Fall in Vorleistung gehen“, betonte die Christdemokratin **Renate Holznagel**. Deutschland müsse „Maximalforderungen“ erheben, damit am Ende ein tragfähiger Kompromiss herauskommt, appellierte sie an den Minister. Die Landwirte im Nordosten hätten im vergangenen Jahr so wenig verdient wie im Jahr 1994. Die Betriebe müssten befähigt werden, sich auch bei schwankenden Preisen am Markt zu behaupten. Die Agrarforschung und -ausbildung sollten stärker unterstützt

werden. „Wir wollen lebendige und lebenswerte ländliche Räume, gerade das ist wichtig.“ Das könne man unter anderem erreichen durch Innovationsförderung, Programme der Gemeinschaftsaufgabe und Modellprojekte.

Die FDP-Abgeordnete **Sigrun Reese** forderte, die Landwirtschaft stärker am Markt zu orientieren. Die Direktzahlungen sollten nicht länger an die Produktion der Betriebe gekoppelt sein. „Wir Liberalen setzen uns für eine deutschlandweite Angleichung der Direktzahlungen ein, da uns jeder Hektar Kulturlandschaft gleich viel wert ist“, sagte sie. „Als Maßstab für die Direktzahlungen sehen wir die Beibehaltung des Flächenbezuges als derzeit alternativlos an.“ Jede andere Bemessungsgrundlage hemme eine marktwirtschaftliche Entwicklung der Betriebe. Die Direktzahlungen für landwirtschaftliche Betriebe sind nach Auffassung der Liberalen eine Voraussetzung für die Entwicklung der ländlichen Räume. Umschichtungen von einem Bereich in den anderen seien nicht nötig.

Agrarminister **Dr. Till Backhaus** verteidigte seinen Ansatz, bereits jetzt Forderungen für die neue Förderperiode in Brüssel anzumelden. Er wies darauf hin, dass die Landwirte in Mecklenburg-Vorpommern 470 Millionen Euro pro Jahr von der EU erhalten, weitere 120 Millionen zahle Brüssel für die ländliche Ent-



Ute Schildt (SPD)



Helmut Holter (DIE LINKE)



Renate Holznagel (CDU)

Fotos: Uwe Bailewski

wicklung. Dies zeige den Stellenwert der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU für das Land. Ein Ausgleich für die deutsche Landwirtschaft sei weiterhin notwendig. Wegen der hohen Standards im Umwelt- und Tierschutz sowie wegen des Lohnniveaus könnten die Betriebe nicht zu Weltmarktpreisen produzieren, betonte Backhaus. Er plädierte dafür, die Leistungen der Landwirtschaft für Natur, Umwelt und Gemeinschaft auf dem Lande stärker zu berücksichtigen.

Nach den Worten des NPD-Abgeordneten **Raimund Frank Bormann** zahlt Deutschland die meisten Mittel in die EU, profitiere aber nicht davon. Das Land bekomme nur „kranke Strukturen“ zurück. „Die EU und das Eurofinanzgebäude stehen doch vor dem Zusammenbruch“, sagte er. „Welcher Haushaltsposten kommt denn als Erstes unter die Räder? Natürlich der größte, und das ist die Europäische Agrarpolitik.“ Die Strukturen seien völlig falsch. Wenn die Kunden das zahlen würden, was die Erzeugung kostet, dann würden die Bauern seiner Meinung nach auch faire Preise bekommen. „Dann könnten wir auf diese ganze Eurobürokratie verzichten.“ Die ländlichen Regionen seien zudem überaltert. „Die Jugend zieht weg. Überall herrscht nur Moder und Fäulnis. Es gibt Wüstungen und entleerte Räume.“

„Wenn wir dieses zusammenwachsende Europa nicht hätten, hätten wir nicht 60 Jahre Frieden und Wohlstand. Vergessen wir das niemals!“, betonte der CDU-Abgeordnete **Dr. Henning von Storch**. In der Agrarpolitik habe es in der Vergangenheit für Landwirte in Deutschland höhere Standards gegeben als für die anderer Län-

der. Da müsse man in Zukunft aufpassen, damit den hiesigen Bauern nicht zu viel zugemutet werde. Es sei im Falle der Agrarpolitik besonders wichtig, dass Deutschland mit einer Stimme spricht, mahnte er.

„Mit guten Ideen und zukunftsfähigen Konzepten soll die deutsche und europäische Diskussion im Interesse der Entwicklung der Agrarbetriebe und der ländlichen Räume in unserem Lande vorangebracht werden“, sagte Professor **Dr. Fritz Tack** (DIE LINKE). Das neue Agrarmodell müsse eine multifunktionelle Landwirtschaft fördern, die flächendeckend wirtschaftet. Seine Fraktion wolle eine breit gestreute Eigentumsstruktur der Betriebe auch in Zukunft erhalten. „Dabei sehen wir in den circa 700 landwirtschaftlichen Genossenschaften in unserem Lande, in denen das Eigentum vieler Familien zusammengeschlossen ist, ein Zukunftsmodell.“ Diese Familienbetriebe stünden wirtschaftlich gut da und seien eng mit dem ländlichen Raum und seiner Entwicklung verbunden. Seine Fraktion unterstütze das Modell des Ministers.

### Modelle für EU-Agrarpolitik

Laut Landwirtschaftsministerium gibt es derzeit drei Grundmodelle für die künftige EU-Agrarpolitik, wobei Backhaus für Modell 3 plädiert:

- Fortführung des bisherigen Systems der Direktzahlungen mit geringen Änderungen, weitgehende Beibehaltung des hohen Mittelvolumens der Gemeinsamen Agrarpolitik insgesamt.
- Beibehaltung eines flächendeckenden Systems von Direktzahlungen mit weiterhin hohem Finanzvolumen, aber erheblicher Umbau des bisherigen Systems, indem Flächenprämien nach Maßgabe verschiedener Kriterien (Betriebsgröße, Produktionsprofil, Arbeitskräfte, stärkere Umweltbindung) erhöht oder gesenkt werden.
- Schrittweise Abschaffung/Umbau des gegenwärtigen Systems der Direktzahlungen, im Gegenzug finanzielle Aufstockung oder Neukonzipierung von Politikmaßnahmen, mit denen der Agrarsektor und die ländlichen Räume möglichst zielgerichtet auf künftige Herausforderungen vorbereitet werden sollen.



Sigrun Reese (FDP)



Agrarminister Dr. Till Backhaus



Raimund Frank Bormann (NPD)



Dr. Henning von Storch (CDU)



Professor Dr. Fritz Tack (DIE LINKE)

Fotos: Uwe Baleski

# Streitkultur verbessern

**Durch Güteverfahren  
Gerichtsprozesse vermeiden**

■ Der Streit um den berüchtigten „Maschendrahtzaun“ muss künftig zuerst in einem Güteverfahren außerhalb des Gerichts verhandelt werden. Nur wenn sich die Streithähne partout nicht einigen, soll der Fall vor dem Berufsrichter landen. Dies sieht das neue Gesetz über Schiedsstellen in Mecklenburg-Vorpommern vor, das am 9. Juni verabschiedet wurde. Demnach müssen die Beteiligten im Fall von Nachbarstreitigkeiten und Ehrverletzungen erst einmal eine der 150 Schiedsstellen im Land aufsuchen, um aufwändige und kostspielige Gerichtsprozesse möglichst zu vermeiden.

Damit werde den Gütestellen in den Kommunen, die von ehrenamtlichen Schlichtern geleitet werden, mehr Kompetenz eingeräumt, sagte der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses, **Detlef Müller** (SPD). Somit könne das Land auch weiterhin auf ein Nachbarrechtsgesetz verzichten.

„Konkret bedeutet dies: Wenn Grundstücksnachbarn streiten, muss derjenige, der das Gericht anrufen will, zunächst versuchen, das Problem mit seinem ‚Gegner‘ einvernehmlich zu regeln, indem er dazu eine Gütestelle anruft“, sagte Innenminister **Lorenz Caffier**, der die Rede von Justizministerin Uta-Maria Kuder vortrug. Bei dieser Art von Streitigkeiten und auch bei sogenannten Ehrverletzungen im privaten Umfeld stünden sich die Streitparteien häufig räumlich und auch persönlich nahe. „Sie müssen auch in Zukunft weiterhin nebeneinander leben und miteinander auskommen. Deshalb lohnt sich gerade hier das Bemühen um eine einvernehmliche Regelung, den Konflikt auf Dauer beizulegen“, hieß es in der Rede. Die Schiedsstellen in den Gemeinden sind nach Auffassung der Ministerin bereits die traditionellen und bewährten Anlaufpunkte bei der außergerichtlichen Suche nach Rechtsfrieden. Deshalb sollten sie auch bei der obligatorischen Streitschlichtung die tragende Rolle spielen.



Foto: Jens Büttner

**Barbara Borchardt** (DIE LINKE) bedauerte, dass Änderungsanträge ihrer Fraktion abgelehnt wurden. So gebe es zum Beispiel kein Ordnungsgeld, wenn die Betroffenen nicht vor der Schiedsstelle erscheinen. Natürlich könne man argumentieren, dass solche Strafen dem Gedanken der friedlichen Streitbeilegung widersprechen und deshalb ein striktes Freiwilligkeitsprinzip herrschen sollte, räumte sie ein. Andererseits könnte aber der Druck auf die Beteiligten erhöht werden, an der Güteverhandlung teilzunehmen. „Das würde aus unserer Sicht zu einer deutlichen Entlastung der Gerichte beitragen“, sagte die rechtspolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Sie befürchte, so werde es nicht zu einer raschen und einvernehmlichen Konfliktlösung für beide Seiten kommen. Weil aber Mecklenburg-Vorpommern endlich mit einer Veränderung der Streitkultur beginnen müsse, werde ihre Fraktion der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses zustimmen. Das Netz der kommunalen Schiedsstellen sei engmaschig genug, sagte **Reinhard Dankert**, justizpolitischer Sprecher der SPD. Seiner Meinung nach müssen keine neuen Stellen geschaffen werden. Vermögensrechtliche Streitigkeiten sollen aber weiter von Zivilgerichten geregelt werden. Dem NPD-Abgeordneten **Michael Andrejewski** zufolge ist das neue Gesetz nur aus dem Bestreben geschaffen worden, Einsparungen auf Kosten der Bürger vorzunehmen. Womöglich könne so manche Klage verhindert und die ein oder andere Richterstelle gespart werden, sagte er. Seine Fraktion lehne das Gesetz ab.

**Gino Leonhard** kündigte für die FDP Stimmenthaltung an. Zu viele Fragen seien nach der Anhörung im Ausschuss offen geblieben. Beispielsweise sei unklar, ob es tatsächlich zu einer Entlastung der Justiz kommen werde und ob tatsächlich keine Zusatzkosten für die Gemeinden entstehen. Generell stehe die FDP aber Schiedsverfahren positiv gegenüber. Das neue Gesetz wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie der Linken beschlossen.

[Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 5/2909](#)

[Beschlussempfehlung und Bericht des  
Europa- und Rechtsausschusses  
Drucksache 5/3520](#)

## Außergerichtliche Schlichtungseinrichtungen

Schiedsstellen in den Gemeinden  
Schlichtungseinrichtungen der  
Handwerksorganisationen  
Schlichtungseinrichtungen der  
Industrie- und Handelskammern  
Schlichtungsstellen der  
Unternehmensverbände  
Schlichtungsstellen der  
Kammern der freien Berufe  
Schlichtungseinrichtungen der  
Banken und Sparkassen  
Mediation M-V e.V.

Weitere Informationen:  
Justizministerium  
Mecklenburg-Vorpommern

# Baukultur als Standortfaktor

Regierung legt Unterrichtung vor

■ **Bauminister Volker Schlotmann** hat dem Landtag am 9. Juni einen Bericht zur Initiative „Baukultur Mecklenburg-Vorpommern“ vorgelegt. Die dort enthaltenen Ergebnisse seien aber nur eine Zwischenbilanz, sagte der Minister. Er habe aus den bisherigen Aktivitäten Leitideen entwickelt, die in den kommenden Monaten im Land diskutiert werden sollten.

Baukultur sei immer als Spiegelbild der Gesellschaft zu verstehen, sagte Bauminister **Volker Schlotmann** in der Debatte. In einer Demokratie gebe es nun mal keine strikten Vorgaben, in einer bestimmten Art und Weise zu bauen. Es herrsche eine große Offenheit, zum Teil werde Denkmalpflege betrieben, aber auch Neues entwickelt und gebaut. Zudem, so ein zweiter Grundgedanke, komme heute der Energieeffizienz besonderes Gewicht zu. Sie sei ein Gradmesser für gutes Bauen. Baukultur müsse auch dem demografischen Wandel Rechnung tragen. Sie müsse sich zunehmend auf die Bedürfnisse älterer Menschen einstellen. Außerdem sei es notwendig, gesunde, natürliche Baustoffe zu verwenden. Letztendlich ist seinen Worten nach Baukultur als Daueraufgabe zu verstehen. „Ich habe vor, diese Grundsätze zunehmend in die Förderpolitik meines Hauses zu integrieren, kündigte der Minister an.

**Regine Lück** (DIE LINKE) erinnerte an das Jahr 2003, als Mecklenburg-Vorpommern als erstes Bundesland die Initiative „Baukultur“ ins Leben rief. Die neue Unterrichtung enthalte eine Vielzahl beeindruckender Beispiele für gelungene Architektur. Aber sie spiegele ausschließlich die Sicht der Landesregierung wider. Ihrer Meinung nach fehle eine Einordnung. „Und mir fehlt die Vision, wie es denn mit der Baukultur in Zukunft weitergehen soll“, sagte die Politikerin. Sie regte an, die 21 Thesen, die dem Landtags-Beschluss von 2003 zugrunde lagen, mit Fachleuten auf Aktualität zu überprüfen.

**Udo Timm** (CDU) warnte vor einem Fachkräftemangel. „Wir brauchen versierte



Foto: Thomas Grundner

Beispiel für die gelungene Verbindung von historischer Bausubstanz und moderner Architektur: die Hochschule für Musik und Theater in Rostock

Bauingenieure und Architekten im Land“, sagte er. Sonst werde sich die Baukultur negativ entwickeln. Die Unterrichtung der Landesregierung sei im Wesentlichen eine Aneinanderreihung von Aktivitäten. Eine grundsätzliche Bewertung der Maßnahmen durch Fachgremien wäre seiner Meinung nach besser gewesen.

Der Fraktionschef der NPD, **Udo Pastörs**, vermisst seinen Worten nach Aussagen zu den Lebensverhältnissen der „einfachen Leute“. Die Architektur werde mit eiserner Hand durch Großkonzerne beherrscht. In Städten wie Schwerin, Stralsund oder Rostock gebe es bereits erste Anzeichen dafür, dass eine Glas-Beton-Einheitsarchitektur die traditionellen, für die Region typischen Gebäude dominiert. Der baupolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **Norbert Baunach**, zeigte sich zufrieden mit der Unterrichtung. Mecklenburg-Vorpommern sei das erste Bundesland, dessen Landtag ein Baukulturbericht vorgelegt wurde. Er regte an, nun für eine Verstetigung der Initiative zu sorgen. „Baukultur ist ein Standortfaktor für unser Land. Die Mischung aus Tradition und Moderne in der Baukultur muss stimmen, dann fühlen sich Einheimische wie auch Touristen wohl in unseren Städten und Dörfern“, betonte er.

Der FDP-Politiker und Vizepräsident des Landtages **Hans Kreher** wies auf die umfassende Bedeutung der Baukultur hin. Sie umfasse die Gesamtheit der Architektur, der Landschaftsgestaltung, die Pflege des kulturellen Erbes und sie müsse auch nachhaltig sein. Es sei notwendig, das

Thema immer wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

[Drucksache 5/3087](#)

## Baukultur in M-V

Mecklenburg-Vorpommern sieht auf eine mehr als 1000-jährige Baugeschichte zurück. Backsteingotik in den Hansestädten, Schlösser und Herrenhäuser aus der Renaissance wie in Güstrow und Ulrichshusen, Bürgerhäuser, barocke Bauten und Parkanlagen in Residenz- und Ackerbürgerstädten, Bäderarchitektur an der Küste und nicht zuletzt das Schweriner Schloss als Glanzlicht des Historismus – im Land zwischen Elbe und Oder gibt es ein bemerkenswertes kulturhistorisches Erbe, das von der Vergangenheit erzählt und die Gegenwart prägt. Um dies zu erhalten und in die heutige Zeit einzubinden, wurde 2001 eine Arbeitsgruppe unter Leitung der Architektenkammer gegründet. Gemeinsam mit der Ingenieurkammer, der Landesregierung, dem Landtag und den kommunalen Spitzenverbänden wurde dann die Initiative „Baukultur Mecklenburg-Vorpommern“ ins Leben gerufen. Im Ergebnis sind 21 Thesen zur Entwicklung der Baukultur erarbeitet worden, auf deren Grundlage das Planen und Bauen im Land verbessert werden soll. Das Landesparlament hat die Regierung beauftragt, regelmäßig darüber zu berichten.

# Energieeffiziente Sanierung

## Förder-Dschungel vereinfachen

■ Der Landtag hat auf seiner Sitzung am 9. Juni eine zielgerichtete und bedarfsgerechte Förderung von Energiesparmaßnahmen bei Gebäuden gefordert. Es sei ein ehrgeiziges Ziel der Bundesregierung, die Energieproduktivität bis 2020 im Vergleich zu 1990 zu verdoppeln, begründete der SPD-Abgeordnete **Rudolf Borchert** den Antrag der Koalitionsfraktionen.

Es gebe derzeit bundesweit rund 1000 verschiedene Förderprogramme für Klimaschutz und Energieeffizienz, sagte der SPD-Finanzexperte **Rudolf Borchert**. Doch zum Teil gebe es mehr Anfragen, als Geld zur Verfügung stehe. Zum Teil habe die Bundesregierung Mittel gekürzt. Er verlangte mehr Geld vom Bund. Die finanzielle Ausstattung müsse der Nachfrage entsprechend aufgestockt und die „Förderkulisse“ transparenter gestaltet werden, betonte er. Zugleich sollten Steueranreize die energetische Sanierung erleichtern.

Bauminister **Volker Schlotmann** unterstützte den Antrag. „Energieeffizienz ist eine zentrale, wenn nicht die zentrale Herausforderung der Baupolitik“, unterstrich der Minister. Durch Sanieren und moderne Technik könnten bis zu 80 Prozent des Energiebedarfs eingespart werden. Allerdings stehe das Bundesland bei der energieeffizienten Sanierung schon gut da. Nur etwa sechs Prozent der Wohnungen im Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen sei bislang überhaupt nicht modernisiert. Der Energieverbrauch pro Quadratmeter sei bereits 40 Prozent niedriger als in Schleswig-Holstein. Der Minister wies aber auch darauf hin, dass die Forderung nach Abschreibungsmöglichkeiten zu „erheblichen Steuerminder-einnahmen“ bei Bund und Ländern führen werde.

Nach Meinung von **Wolfgang Griese** (DIE LINKE) kann Effizienzsteigerung allein nicht die ökologischen Probleme lösen. Ihm geht der Antrag nicht weit genug. Ein „Lippenbekenntnis“ und „halbherzige“ Forderungen genügten nicht.



Foto: Jens Büttner

Das eigene Kraftwerk auf dem Dach – Installation einer Fotovoltaikanlage auf einem Wohnhaus.

Neubauten der öffentlichen Hand sollten künftig energieautark sein. Das Passivhaus werde europaweit Baustandard. Er verwies darauf, dass auf Bundesebene gerade an einem Gesetz zur Umsetzung von EU-Richtlinien zu Energieeffizienz und -dienstleistungen gearbeitet werde. Seine Fraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten.

Der CDU-Abgeordnete **Udo Timm** sprach sich für die Einführung steuerlicher Anreize für Wohnungs- und Hausbesitzer aus. Sie seien unverzichtbar, wenn die Ziele im Klimaschutz erreicht werden sollen. Für die energetische Sanierung benötige Mecklenburg-Vorpommern auch eigene Förderprogramme.

**Sigrun Reese** von der FDP warf der SPD vor, ein „hocheffizientes Kohlekraftwerk“ verhindert zu haben. Ihre Fraktion unterstütze jedoch Bemühungen, den „Förderdschungel“ zu vereinfachen und die Energieproduktivität zu verdoppeln. Aus Sicht der Liberalen ist der Antrag aber überflüssig und zudem widersprüchlich, weil sowohl steuerliche Anreize als auch direkte Förderung verlangt würden.

Nach Ansicht der NPD ist es nicht möglich, Rahmenbedingungen zu verbessern, ohne dass ausreichend Geld zur Verfügung steht. Die Zeit der steuerlichen Anreize sei vorbei, sagte **Raimund Frank Borrmann** (NPD), der die Rede von Michael Andre-

jewski vortrug. Das System sei völlig überschuldet. Erst müssten strukturelle Änderungen vorgenommen und kein Geld mehr in die EU weitergeleitet werden, ehe man tatsächlich etwas Wirkungsvolles erreichen könne.

Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPD und CDU beschlossen. Die FDP lehnte den Antrag ab, ein Abgeordneter der Liberalen, DIE LINKE und die NPD enthielten sich der Stimme.

[Drucksache 5/3500](#)

### Passivhaus

Unter einem Passivhaus wird in der Regel ein Gebäude mit einer Lüftungsanlage verstanden, welches aufgrund seiner guten Wärmedämmung keine klassische Heizung benötigt. Der überwiegende Teil des Wärmebedarfs wird aus „passiven“ Quellen gedeckt, wie Sonneneinstrahlung und Abwärme von Personen und technischen Geräten. Das Ergebnis ist eine positive Raumwahrnehmung, gekoppelt mit einem niedrigen Energieverbrauch. Die Bauweise ist nicht auf bestimmte Gebäudetypen beschränkt. Es ist auch durch Umbauten und Sanierungen möglich, diese Standards zu erreichen.





## Video- überwachung

**FDP-Antrag fand keine Zustimmung im Parlament**

■ Die FDP-Fraktion will Videokameras, die von Behörden betrieben werden, auf Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen überprüfen lassen. Ihr Antrag, mit dem die Liberalen dem Landesbeauftragten für Datenschutz empfehlen, eine entsprechende Untersuchung vorzunehmen, fand am 10. Juni aber keine Mehrheit im Parlament.

**Gino Leonhard**, sicherheitspolitischer Sprecher der FDP, verwies bei der Begründung auf Erfahrungen aus Niedersachsen. Der dortige Landesbeauftragte habe in einer Untersuchung bei 99 Prozent aller überprüften Geräte massive Verstöße gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen festgestellt. Häufig seien Geräte zum Beispiel vor Ministerien oder auf öffentlichen Plätzen ohne entsprechende Hinweisschilder betrieben worden. Mitunter konnten auch private Wohnungen eingesehen werden, wie der FDP-Abgeordnete sagte. Auch in Mecklenburg-Vorpommern habe es immer mal wieder Hinweise auf Verstöße gegeben. Deshalb sei eine Untersuchung wichtig. Ziel soll Leonhard zufolge eine rechtskonforme Gestaltung der Videoüberwachung sein.

**Reinhard Dankert**, justizpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, hält eine solche Untersuchung durch den Datenschutzbeauftragten weder für gerechtfertigt noch für angemessen. Letztlich sei die Landesregierung für die Rechtmäßigkeit der Videoüberwachung zuständig. Bei konkreten Hinweisen auf Fehler würde die SPD-

Fraktion auch auf eine konsequente Untersuchung drängen. So aber werde sie den Antrag ablehnen.

Der hohe Anteil von Rechtsverstößen in Niedersachsen hat nach Ansicht von **Peter Ritter** (DIE LINKE) zu Recht für einen Aufschrei in der Öffentlichkeit gesorgt. Dennoch habe der FDP-Antrag einen falschen Ansatz. Der Datenschutzbeauftragte müsse den Landtag ohnehin regelmäßig über seine Tätigkeit informieren, dabei spiele eben auch die Videoüberwachung eine Rolle, sagte der innenpolitische Sprecher der Linken. Zudem sei er von der personellen Ausstattung her gar nicht in der Lage, eine solche Erhebung durchzuführen. Vielmehr sei die Landesregierung in der Verantwortung. Deshalb fordere seine Fraktion in einem Änderungsantrag das Kabinett auf, den Landtag bis zum 31. August über die Videoüberwachungs-Praxis der Landes- und Kommunalbehörden zu unterrichten.

Dass in Niedersachsen so viele kommunale Behörden massiv gegen den Datenschutz verstoßen haben, sei schon verwunderlich, sagte **Burkhard Lenz** (CDU). Dies sei aber kein Grund, das Ergebnis 1:1 auf Mecklenburg-Vorpommern zu übertragen. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass die Behörden im Land sehr wohl auf

Hinweise des Datenschutzbeauftragten reagieren, der stichprobenartige Untersuchungen durchführt. Die Liberalen hätten seiner Meinung nach nur den nächsten Tätigkeitsbericht abwarten müssen. Seine Fraktion werde den Antrag genauso ablehnen, wie den Änderungsantrag der Linken.

Nach Meinung des NPD-Abgeordneten **Birger Lüssow** reicht eine „Empfehlung“ zur Berichterstattung nicht aus. Der Datenschutzbeauftragte müsse schon dazu „aufgefordert“ werden. Das Ansinnen sei aber insgesamt sinnlos, weil der Datenschutzbeauftragte sowieso der Rechtsaufsicht der Landesregierung unterstellt sei. Seine Berichte müssten im Zweifelsfall von der Landesregierung genehmigt werden. Dies verstoße aber gegen EU-Richtlinien, die eine unabhängige Arbeit des Datenschutzbeauftragten vorschreiben würden. Er kündigte an, dass die NPD eine entsprechende Gesetzesänderung in den Landtag einbringen werde.

Für den Änderungsantrag stimmten nur DIE LINKE und die FDP. Dem Antrag der Liberalen versagten SPD, CDU, LINKE und NPD die Zustimmung.

[Antrag FDP Drucksache 5/3488](#)

[Änderungsantrag DIE LINKE 5/3544](#)



Fotos: Jens Büttner

### Sommerpause

Am 12. Juli beginnt die parlamentarische Sommerpause. Die Gremienarbeit wird ab 30. August mit Ausschussberatungen fortgesetzt. Die nächste reguläre Plenarsitzung findet am 15. September statt. Dann erscheint auch die nächste Ausgabe der Landtagsnachrichten.

# Weitere Beschlüsse des Landtages

## Schiffsabfallentsorgungsgesetz

■ Weltweit wird die Meeresumwelt erheblich durch die illegale Verklappung von Abfällen und Ladungsrückständen auf See geschädigt. Um dies zu verhindern, hat die EU eine Richtlinie über sogenannte Hafenauffangeinrichtungen erlassen. Weitere Änderungen schreiben nun vor, das künftig auch Abwasser als zusätzliche Art von Schiffsabfall aufgenommen wird, für das eine Meldepflicht vor dem Einlaufen in den Hafen besteht. Der Gesetzentwurf setzt die EU-Richtlinie in Landesrecht um. Das Gesetz wurde einstimmig angenommen.

*Annahme des Gesetzentwurfs entsprechend der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses  
Drucksache 5/3516*



Ölschutzübung auf der Ostsee.

## Restaurator-Gesetz

■ Der Landtag hat am 9. Juni einen Gesetzentwurf der Linken abgelehnt, mit dem der Beruf des Restaurators genauer definiert werden sollte. DIE LINKE hatte den Entwurf im März eingebracht. Das Parlament hatte einer Beratung in den Ausschüssen nicht zugestimmt und den Entwurf nun auch in zweiter Lesung abgelehnt. Das Gesetz sah unter anderem vor, dass Restauratoren „ein Diplom oder einen Masterabschluss auf dem Gebiet der Konservierung und Restaurierung an einer Universität, Kunsthochschule, Fachhochschule oder ein Abschlussexamen an deren Vorgängereinrichtungen“ nachweisen müssen. Erst durch die gesetzliche Regelung, die Führung der Berufsbezeichnung „Restaurator“ an den Nachweis einer hohen fachlichen Qualifikation zu knüpfen, könnten schwere Schäden durch unsachgemäße Behandlung von Kunst- und Kulturgut verhindert werden, hieß es zur Begründung. Zudem wollte DIE LINKE bisherige Auflagen zum Hauptwohnsitz und zur Niederlassung von Restauratoren abschaffen, damit Fachleute aus ganz Europa hier tätig werden könnten. Gegner des Entwurfs argumentierten, andere Freiberufler hätten auch kein eigenes Gesetz und

müssten trotzdem Qualität leisten. Die Einführung eines berufsständischen Gütesiegels durch den Restauratorenverband wurde angeregt.

*Ablehnung des Gesetzentwurfs  
Drucksache 5/3273*

## Jugendrechts- übertragungsgesetz

■ Mit der Neufassung des Bundesjugendschutzgesetzes und seinen aktuellen Änderungen wurde eine Anpassung des Landesgesetzes nötig. Dabei wurden sprachliche Vereinfachungen und Klarstellungen vorgenommen. Zudem wurde das Gesetz so gefasst, dass im Falle von Aufgabenänderungen im Bundesgesetz nicht gleich eine erneute Änderung des Landesrechts nötig ist. Dies sei ein Beitrag zur Entbürokratisierung, hieß es zur Begründung. Dem Gesetz stimmten SPD, CDU und FDP zu.

*Annahme des Gesetzentwurfs entsprechend der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses  
Drucksache 5/3409*

## Versorgungslasten

■ Um die Mobilität von Beamten auch künftig gewährleisten zu können, haben sich Bund und Länder zu einer Neuregelung der sogenannten Versorgungslastenteilung bei bund- und länderübergreifenden Umzügen entschlossen. Ein entsprechender Staatsvertrag wurde bereits unterzeichnet und musste nunmehr mit einem Zustimmungsgesetz auf Landesrecht übertragen werden. Das Gesetz wurde mit den Stimmen von SPD, CDU, DIE LINKE und FDP verabschiedet.

*Annahme des Gesetzentwurfs entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses  
Drucksache 5/3518*

## Verfahren gegen Udo Pastörs

■ Das am 6. Mai 2010 in erster Instanz entschiedene Strafverfahren gegen den Vorsitzenden der NPD-Fraktion des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, wird vor dem Landgericht Saarbrücken neu verhandelt. Ein Sprecher des Amtsgerichtes Saarbrücken teilte auf Nachfrage mit, dass das Verfahren bereits an das nun zuständige Landgericht abgegeben worden sei. Der Abgeordnete hatte nach der Urteilsverkündung Berufung gegen das Urteil des Amtsgerichtes Saarbrücken eingelegt. Vor dem Amtsgericht war der NPD-Fraktionsvorsitzende zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten auf Bewährung sowie einer Geldstrafe in Höhe von 6000 Euro verurteilt worden. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Pastörs bei einer NPD-Veranstaltung in Saarbrücken am Aschermittwoch 2009 gegen Juden und türkischstämmige Menschen gehetzt hatte. Ein Termin für die Verhandlung vor dem Landgericht steht bisher nicht fest.



Wiederwahl von Horst Köhler zum Bundespräsidenten am 23. Mai 2009.



Fotos: Jens Büttner

Zur Wahl des Staatsoberhauptes kommt die Bundesversammlung im Berliner Reichstagsgebäude zusammen.

# Wahl des Bundespräsidenten

## 13 Männer und Frauen aus MV stimmen in Berlin mit ab

■ Der Landtag hat am 11. Juni die 13 Delegierten Mecklenburg-Vorpommerns für die Wahl des Bundespräsidenten am 30. Juni bestimmt. Nach dem vorgeschriebenen Proporzverfahren wurden fünf Vertreter der SPD, vier der CDU, zwei der Linken und je einer von FDP und NPD gewählt. Die Wahl war erforderlich geworden, nachdem Amtsinhaber Horst Köhler am 31. Mai überraschend seinen Rücktritt vom höchsten Amt der Bundesrepublik erklärt hatte. Köhler war erst vor einem Jahr für eine zweite Amtszeit wiedergewählt worden.

Die Zahl der Delegierten richtet sich nach der jeweiligen Fraktionsstärke im Parlament. Jede Fraktion legte eine Liste mit ihren Vorschlägen vor. Die Delegierten müssen nicht Mitglied des Landtages sein. Alle anwesenden 67 Landtagsmitglieder gaben ihre Stimme ab.

Der Bundespräsident wird von der Bundesversammlung, also indirekt gewählt. Die ausschließlich für die Wahl des Staatsoberhauptes der Bundesrepublik Deutschland gebildete Bundesversammlung besteht aus:

allen Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie einer grundsätzlich gleichen Zahl an Vertretern der Bundesländer, die von den Landtagen gewählt werden.

Zurzeit hat der 17. Deutsche Bundestag 622 Mitglieder, sodass die 14. Bundesversammlung aus maximal 1.244 Mitgliedern bestehen wird. Wie viele der 622 Delegierten ein Land stellt, hängt von seiner Bevölkerungszahl ab. Nordrhein-Westfalen als größtes Land schickt diesmal 133 Vertreter, Bayern darf 95 Delegierte entsenden, während Baden-Württemberg 79 zustehen. Auf das Saarland als kleinstem Land kommen nur acht Delegierte, auf Hamburg 13 und auf Bremen fünf.

Seit 1994 ist der Versammlungsort das Reichstagsgebäude in Berlin. Die Wahl des Bundespräsidenten erfolgt ohne Aussprache in bis zu drei Wahlgängen. In den ersten beiden Wahlgängen ist eine absolute Mehrheit der Stimmen erforderlich. Erst wenn auch im zweiten Wahlgang kein Kandidat eine absolute Mehrheit auf sich vereinen kann, reicht in einem dritten Wahlgang die relative Mehrheit aus. Die Wahl erfolgt für fünf Jahre, eine einmalige Wiederwahl ist möglich.

Zur Wahl am 30. Juni standen vier Kandidaten. CDU/CSU und FDP hatten Dr. Christian Wulff (CDU) nominiert, bis zur Wahl Ministerpräsident Niedersachsens. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schickten den DDR-Bürgerrechtler Dr. hc. Joachim Gauck (parteilos) ins Rennen, der von 1990 bis 2000 die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR geleitet hat. Kandidatin der Partei DIE LINKE war Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE). Die frühere Chefredakteurin beim Fernsehen des Hessischen Rundfunks war 2005 über die Landesliste der Thüringischen Linkspartei in den Bundestag eingezogen. NPD und DVU hatten den Liedermacher Frank Rennicke (NPD) nominiert.

### Vertreten Mecklenburg-Vorpommern bei der Wahl des Bundespräsidenten:

Name	Auf Vorschlag der Fraktion	
Erwin Sellering	SPD	Ministerpräsident M-V
Dr. Norbert Nieszery	SPD	MdL, SPD-Fraktionsvorsitzender
Birgit Hesse	SPD	Landrätin Nordwestmecklenburg
Manuela Schwesig	SPD	Sozialministerin M-V
Dr. Christian Frenzel	SPD	Präsident Landesturnverband M-V e.V.
Jürgen Seidel	CDU	Wirtschaftsminister M-V
Lorenz Caffier	CDU	Innenminister M-V
Harry Glawe	CDU	MdL, CDU-Fraktionsvorsitzender
Vincent Kokert	CDU	MdL
Helmut Holter	DIE LINKE	MdL, DIE LINKE-Fraktionsvorsitzender
Andrea Sparmann	DIE LINKE	Radio-Moderatorin
Michael Roolf	FDP	MdL, FDP-Fraktionsvorsitzender
Udo Pastörs	NPD	MdL, NPD-Fraktionsvorsitzender

Neuer Bundespräsident ist Christian Wulff. Er wurde mit 625 Stimmen im dritten Wahlgang gewählt. Die Amtszeit des neuen Bundespräsidenten endet am 30. Juni 2015.

### Amtsaufgabe

Vor Horst Köhler hat erst einmal ein Bundespräsident sein Amt vor Ende der Wahlperiode niedergelegt: Heinrich Lübke (1959-1969). Kritik an seiner Tätigkeit während der Zeit des Nationalsozialismus und die zeitliche Nähe zur Bundestagswahl veranlassten Lübke, sein Amt zehn Wochen vor dem Ablauf seiner Amtszeit aufzugeben. Auf das Ende der Präsidentschaft war man also ohnehin eingestellt. Im Hinblick auf Anlass, Vorhersehbarkeit und Zeitpunkt gilt Köhlers Rücktritt damit als einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik.

# Neue Polizeistruktur beschlossen

*Emotionale Debatte über Neuerungen und Stellenabbau*

■ Mit den Stimmen der rot-schwarzen Koalition hat der Landtag am 9. Juni eine Reform der Polizeistruktur beschlossen. Die Führung soll gestrafft werden, die Präsenz der Polizei auf der Straße aber erhalten bleiben. Zudem sollen weitere rund 200 Stellen bis zum Jahr 2015 abgebaut werden. Wichtigste Neuerung: Die Polizeidirektionen in Schwerin, Rostock, Neubrandenburg, Stralsund und Anklam werden zum 1. März 2011 aufgelöst. Die Landespolizei wird künftig von zwei Präsidien geleitet, eines in Rostock-Waldeck, das andere in Neubrandenburg. LandtagsNachrichten veröffentlichen Auszüge aus der zum Teil emotional geführten Debatte.

*Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 5/2837  
Beschlussempfehlung und Bericht  
des Innenausschusses Ds. 5/3519  
Änderungsantrag Peter Ritter  
(DIE LINKE) Drucksache 5/3539*

**Dr. Gottfried Timm, SPD:**

## „Der Innenausschuss empfiehlt die Annahme des geänderten Gesetzentwurfs“



■ „Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ihnen liegen die Beschlussempfehlung und der Bericht des Innenausschusses zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Neuorganisation der Landespolizei vor. Der Landtag hatte den Gesetzentwurf in seiner 79. Sitzung am 21. Oktober 2009 in Erster Lesung beraten und zur weiteren Beratung federführend an den Innenausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss überwiesen.

Im Rahmen der Beratungen im Innenausschuss hat [...] am 14. Januar [...] eine öffentliche Anhörung stattgefunden, an der die Gewerkschaft der Polizei, die Deutsche Polizeigewerkschaft, der Bund Deutscher Kriminalbeamter, der Hauptpersonalrat der Polizei sowie der Personalrat der Polizeidirektion Anklam teilgenommen und die Möglichkeit genutzt haben, ihre Stellungnahme zur Novelle des Polizeiorganisationsgesetzes vorzutragen. Die [...] Sachverständigen haben dem Ge-

setzentwurf nicht uneingeschränkt zugestimmt. Festgestellt wurde, dass [...] die Personalentwicklung in der Polizei sich an die geänderten Wirklichkeiten und die praktischen Bedürfnisse anzupassen habe. Dabei solle [...] die Bürgernähe erhöht werden, die Landespolizei aber auch einen erheblichen Anteil an der Haushaltskonsolidierung [...] leisten. Dieser Spagat ist nach Ansicht der Interessenvertretungen nur dann möglich, wenn vorhandene Aufbaustrukturen und innere Betriebsabläufe untersucht und Sparpotenziale erkannt und dann vernünftige Entscheidungen getroffen werden.

Kritisch wurden auch die Standortentscheidungen für die Polizeipräsidien [...] hinterfragt, Herr Ritter. In den [...] Ausschussberatungen [...] wurde [...] deutlich gemacht, dass die jeweiligen finanziellen Folgen einer Standortentscheidung bekannt sein müssen, bevor sie getroffen wird. Dagegen wurde vom Innenministerium ins Feld geführt, dass Grundlage für die Standortentscheidungen fachliche Erwägungen gewesen sind und diese durchaus auch in begründeten Einzelfällen Folgekosten auslösen können. [...] Der Innenausschuss hat [...] den Betrieb für Bau und Liegenschaften M-V [...] gebeten, zu [...] notwendigen Investitionen, Umbaumaßnahmen sowie zu den baulichen und technischen Zuständen der Liegenschaften Stellung zu nehmen. Die Informationen des Verkehrsministeriums

und des Innenministeriums wurden zugrunde gelegt, um eine Entscheidung zu treffen.

Das Innenministerium hat deutlich gemacht, dass das Ziel der Neuorganisation der Erhalt aller Polizeistandorte in Mecklenburg-Vorpommern ist. Durch den Verbleib aller 37 Polizeireviere sei die Präsenz in der Fläche gewährleistet. Zur Gewährleistung der Sicherheitsaufgaben der Polizei im östlichen Landesteil sei der Sitz des Polizeipräsidiums in Neubrandenburg nach Abwägung aller fachlichen Aspekte zwingend erforderlich. Der Änderungsantrag des Abgeordneten Ritter, Anklam als Sitz eines Polizeipräsidiums vorzusehen, wurde umfassend erörtert, konnte aber im Ausschuss keine Mehrheit finden. [...]

Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 95. Sitzung am 27. Mai [...] abschließend beraten und ihm mit den von mir eben skizzierten Änderungen zugestimmt.

Meine Damen und Herren, ich empfehle Ihnen [...], den Gesetzentwurf der Landesregierung [...] mit den Änderungen, die Ihnen auf der Drucksache 5/3519 vorliegen, anzunehmen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.“

Peter Ritter, DIE LINKE:

## „Der Innenminister hat die Polizeireform vergeigt“



Foto: Cornelius Kettler

■ „Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn mir danach ist, ein Märchen zu lesen, dann greife ich gern zu den Werken der Gebrüder Grimm oder von Hans Christian Andersen. Oder ich nehme mir einfach eine Broschüre der CDU-Landtagsfraktion, etwa die mit dem verheißungsvollen Titel „Polizeireform – bessere Präsenz in der Fläche“. Dieses Märchen habe ich in der letzten Zeit des Öfteren gelesen und auch gehört. Märchen gehen bekanntlich am Ende gut aus. Bei der Polizeireform des CDU-Innenministers jedoch, bin ich mir sicher, wird es ein böses Erwachen geben.

[...] Zunächst hat der CDU-Innenminister über die Vereinbarungen im alten Personalentwicklungskonzept hinaus neuen Streichungen bei der Polizei zugestimmt. Zu den noch zu erbringenden 168 Stellen nach dem alten Konzept, kommen jetzt noch bis zum Jahr 2015 200 weitere nach dem neuen Konzept hinzu. Zwischen- durch hat der Innenminister schnell dafür gesorgt, dass die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Mecklenburg-Vorpommern im Gegensatz zu einigen anderen Bundesländern erst zwei Jahre später in Pension gehen dürfen. [...]

Dass die CDU ihre eigenen großspurigen Wahlversprechen selbst kassiert hat, hat sie natürlich auch gemerkt. Also versucht sie zweifelhaft, die Polizeireform als ein wichtiges Projekt der Landesregierung zur Stärkung der Polizei in der Fläche darzustellen. Herausgekommen ist ein unausgegorener Gesetzentwurf. Spätestens

heute kann ich getrost feststellen, der Innenminister hat die Polizeireform vergeigt [...]

Weil die CDU durch den vereinbarten Personalabbau und auch durch die Straffung der Führungsstrukturen, gegen die im Wesentlichen nichts einzuwenden ist, logischerweise keine bessere Flächenpräsenz der Polizei erreichen kann, werden einfach bewährte Strukturen aufgelöst. Die so genannten Einsatzzüge besondere Lagen, die neben der Bereitschaftspolizei als Unterstützungskräfte der örtlichen Polizeidienststellen eingesetzt werden, gibt es nach dem Willen des CDU-Innenministers und der Koalition zukünftig nicht mehr. Sie werden auf die Hauptreviere aufgeteilt. So wird über den tatsächlichen weiteren Personalabbau vor Ort einfach hinweggetäuscht.

Die Kritik meiner Fraktion am Gesetzentwurf als auch an den nachgeordneten geplanten Strukturentscheidungen wurde von nahezu allen Anzuhörenden geteilt. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter stellte fest, dass durch den vereinbarten Stellenabbau eine Bekämpfung der organisierten Kriminalität kaum noch möglich sei. Es sei sogar, man höre und staune, der Eindruck entstanden, dass ein Erstarren der Kriminalpolizei verhindert werden sollte. Außerdem sei Anklam als Sitz des Polizeipräsidiums die wirtschaftlichste Lösung. Wie reagieren der Innenminister und die Koalitionäre darauf? Gar nicht. Die Deutsche Polizeigewerkschaft kritisierte, dass Bewährtes zerschlagen wer-

den soll, und sprach sich für den Erhalt der Einsatzzüge besondere Lagen aus. Wie reagieren der Innenminister und die Koalitionäre darauf? Gar nicht.

Der Bezirkspersonalrat der Polizeidirektion Anklam führte aus, dass ein weiterer Personalabbau kontraproduktiv ist. Das Hauptproblem der hohen Altersstrukturen werde mit diesem Konzept nicht gelöst, und der Standort Anklam wurde aus verschiedensten Gründen, vor allen Dingen aus fiskalischen Gründen, deutlich favorisiert [...]

Liebe Kolleginnen und Kollegen, äußerst befremdlich empfand nicht nur ich, dass der Innenausschuss offenbar mit falschen Zahlen konfrontiert wurde. Ob nun mit Vorsatz oder nicht, das hat nachrangige Bedeutung. Fest steht damit, dass die Reform nicht mit belastbaren Zahlen gestützt werden soll. [...]

Ich sehe mich nach all den Diskussionen, Briefen und Gutachten in meiner Auffassung bestätigt, dass Anklam der geeignete Standort ist, sowohl aus struktureller, finanzieller als auch polizeifachlicher Sicht [...]. Ich bitte um namentliche Abstimmung zu meinem Änderungsantrag. – Danke schön.“

**Minister Lorenz Caffier:**

## „Wichtiger Meilenstein für die Entwicklung der Landespolizei“



■ „Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geehrter Herr Ritter, [...] Sie vergessen einiges bei Ihren Ausführungen. Sie vergessen beispielsweise, dass Sie 2001 der Abminderung der Polizeistärke von 6.800 [...] auf 6.027 zugestimmt haben und dass Sie in der mittelfristigen Planung bis 2020 einer Reduzierung auf 5.200 zugestimmt haben.

Wir haben uns gemeinsam verständigt auf 5.800. Wir haben uns als Koalition – jawohl, dazu stehe ich als Innenminister und dazu steht auch die Fraktion – darauf verständigt, dass wir die Größe bis Ende dieses Jahres auf 6.027 umsetzen, und wir haben uns auch darauf verständigt, dass wir zunächst keinen Abbau auf 5.200, sondern auf 5.800 machen. Das ist meines Wissens weniger als das, was Sie damals in Ihrem Papier stehen hatten [...]

Die mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zu beschließende Neuorganisation ist in der Tat ein wichtiger Meilenstein für die Entwicklung der Landespolizei in Mecklenburg-Vorpommern. Ich bin davon überzeugt, dass unsere Landespolizei durch die Einrichtung von zwei Polizeipräsidien und die damit einhergehende Konzentration von Stabs- und Verwaltungsaufgaben auf weniger Stellen deutlich besser aufgestellt sein wird und die an sie gerichteten Herausforderungen in Zukunft auch besser mit dem Personal bewältigen kann, was uns dann zur Verfügung steht.

Die größte Herausforderung, vor der die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommerns heute steht, ist, mit weniger Mitarbeitern gleich gute Leistungen zu bringen. Auch wenn jetzt einige vielleicht denken, das geht doch gar nicht, ich persönlich

und die Mitarbeiter meines Hauses sind davon überzeugt, dass wir mit der neuen Polizeistruktur genau diese Herausforderungen auch lösen können. Natürlich kann man sich auf den Standpunkt stellen, wir brauchen keine neue Polizeistruktur, wir brauchen nur mehr Polizeibeamte. Dieser Standpunkt ist in Anbetracht der zu erwartenden Haushaltslage und der Gesamtsituation – nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern oder in Deutschland, sondern in Europa – fern jeder Realität. Und dem müssen wir uns, wenn wir verantwortungsvoll handeln wollen, auch stellen.

Die Erwartungshaltung ist die, dass die Polizei präsent ist, dass sie in Notfällen in kürzester Zeit vor Ort ist und dass sie ihre Aufgaben professionell erledigt. Wenn wir in diesem Punkt übereinstimmen, gibt es meines Erachtens keine Alternative zu den vorgeschlagenen Polizeistrukturreformen.

Meine Damen und Herren, die dringend notwendige Neuorganisation eröffnet der Landespolizei wieder einen gewissen Handlungsspielraum. Dieser ist wichtig, um auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren zu können, um einsatzintensive Zeiten zu überstehen, ohne Gefahr zu laufen, das Personal zu überlasten, und um Schwerpunkte setzen zu können. Die heutige Struktur – und dazu zählt auch beispielsweise EBl (Einsatzzüge besondere Lagen) – können wir uns in personeller

### Die Polizeistrukturreform

An der Spitze der Landespolizei stehen künftig zwei Polizeipräsidien, eines in Rostock für den Westteil des Landes zuständig, das andere in Neubrandenburg für den Ostteil. Die bisherigen fünf Polizeidirektionen fallen weg. Die Zahl der Polizeiinspektionen wird von 17 auf acht reduziert. Diese sollen der künftigen Kreisstruktur entsprechen. Das heißt, sie werden in Schwerin und Rostock sowie den voraussichtlichen Kreisstädten liegen.

Den acht Inspektionen sind Kriminalkommissariate zugeordnet, die leichte bis mittelschwere Straftaten verfolgen. Schwere Fälle übernehmen vier Kriminalpolizeiinspektionen in Rostock, Schwerin, Neubrandenburg und eine in Vorpom-

mern. Die bestehenden Inspektionen in Stralsund und Anklam sollen zusammengelegt werden. Die Bürgernähe der Polizei soll erhalten bleiben. Darum wird keines der 37 Polizeireviere im Land geschlossen. Der Streifendienst soll verstärkt werden. Weitere Einrichtungen der Landespolizei, wie das Landeskriminalamt, die Bereitschaftspolizei, die Wasserschutzpolizeidirektion und das Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik, sollen in ihrer inneren Struktur effizienter werden.

Etwa 200 der noch rund 6000 Polizeistellen im Land sollen bis 2015 wegfallen. In den Gruppen „Mobile Aufklärung Extremismus“ (MAEX) soll es keinen Personalabbau geben.

Hinsicht in der Form definitiv nicht mehr leisten. Das wird bei der Betrachtung der Personalsituation in den Organisationseinheiten mehr als deutlich.

Durch die Bündelung von Aufgaben in weniger Organisationseinheiten werden die Behörden, Inspektionen und Reviere zukünftig größer, aber gleichzeitig auch flexibler. Diese Flexibilität kann die Reduzierung des Personals an der einen oder anderen Stelle kompensieren. Weniger Mitarbeiter in den Stäben bedeutet aber eben auch mehr Mitarbeiter im operativen Dienst, mehr Mitarbeiter auf der Straße und letztendlich mehr Mitarbeiter beim Bürger [...]

Eine Frage, die umfassend diskutiert wurde, und eben anders, als Sie das hier ausführen, Kollege Ritter, war, ob Neubran-

denburg oder Anklam Sitz des Polizeipräsidioms im östlichen Landesteil werden soll. Auch wenn Teile der Opposition bis zur Beschlussfassung im Innenausschuss bemüht waren, Zweifel hinsichtlich dieser Entscheidung zu streuen, ändert dies nichts daran, dass aus polizeifachlicher Sicht Neubrandenburg, wie im Gesetzentwurf vorgeschlagen, der bessere Standort für ein Polizeipräsidium ist. [...]

Das Vorhaben Neuorganisation ist mit der Verabschiedung des Gesetzentwurfes allerdings noch lange nicht erledigt. Die Verkündung des Gesetzentwurfes ist erst der Startschuss, um die Polizeistrukturenform tatsächlich umzusetzen. Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. März 2011 sind vielfältige Aufgaben zu erledigen.

Zunächst sind Aufbaustäbe zu bilden, die insbesondere die Personalauswahl für die zukünftigen Polizeipräsiden treffen müssen und umfangreiche logistische Aufgaben zu erledigen haben. Auch die Realisierung baulicher Maßnahmen, wie zum Beispiel die Errichtung und Ausstattung der neuen Einsatzleitstellen in Rostock-Wald-eck beziehungsweise in Neubrandenburg, benötigt Zeit und letztendlich auch Ressourcen. Daneben sind Vereinbarungen mit der Personalvertretung zu schließen und alle Verordnungen und Erlasse im Hinblick auf die neue Polizeistruktur zu überprüfen und gegebenenfalls zu überarbeiten. [...]

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Mitarbeiter unserer Landespolizei diesen in der Tat vorhandenen Kraftakt meistern werden. [...]"

**Torsten Renz, CDU:**

## „Größtmögliche Präsenz der Polizei in der Fläche“



■ „Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will vorwegschicken, dass der vorliegende Gesetzentwurf die richtige Antwort auf die veränderten Rahmenbedingungen im Bereich unserer Landespolizei ist.

Bei dem, was wir von der Opposition, von den Linken, von Herrn Ritter gehört haben, muss man sich natürlich die Frage stellen: Hat er für die Fraktion oder sich selbst gesprochen? Anhand des Änderungsantrages würde ich davon ausgehen, dass er für sich selbst gesprochen hat. Es stellt sich dann doch schon die Frage, ob das Ganze mehr zur Eigenprofilie-

rung dienen soll oder ob hier fachliche Gesichtspunkte eine Rolle spielen, um hier einen entsprechenden Standort festzulegen. Die Schlussfolgerung für mich, Herr Ritter, ist die: Ihre fachliche Argumentation kann nicht ausreichend fundiert genug sein, um die Abgeordneten Ihrer eigenen Fraktion zu überzeugen und hier einen Änderungsantrag als Fraktion einzubringen. [...]

Und auch das muss man deutlich sagen: Die erhöhte Inanspruchnahme durch Einsatzlagen, wie zum Beispiel bei Fußballspielen erhöhte Gewaltdelikte, machen es erforderlich, dass wir hinsichtlich der

Struktur reagieren müssen.

*(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)*

Genau an dieser Stelle, Herr Ritter, hatte ich mir schon einmal notiert, es wird ein fachlich nicht fundierter Zwischenruf von den Linken kommen, und genau das haben Sie eben getan [...]

Der Minister hat auch sehr richtig – das ist nämlich der zweite große Baustein, vor dem wir stehen neben der veränderten Sicherheitslage – ausgeführt, ich verweise auf den Kabinettsbeschluss aus dem Jahre 2003, der Ihnen bekannt ist, den Sie auch richtigerweise angesprochen haben, dass es hier zum Personalabbau kommen soll beziehungsweise muss von 6.708 auf 6.029. Dann gehört auch zur Wahrheit dazu, wer damals in Verantwortung war. Es gehört auch dazu, dass in der Mittelfristigen Finanzplanung 450 Stellen vorgesehen waren. Ich sagte schon, es ist ein Erfolg dieser Koalition, dass man das revidiert hat und dieses Einsparpotenzial auf einen geringeren Wert von 215 zurück-schrauben konnte. [...]

Gerade vor diesem Hintergrund, das, was

ich dargestellt habe, die Sicherheitslage in Mecklenburg-Vorpommern und der Personalabbau, vor diesen Fragen stehen wir und müssen fragen: Wie können wir das Ziel, das ja auch dieser Gesetzentwurf definiert, nämlich die größtmögliche Präsenz der Polizei in der Fläche erhalten? Auf diese Frage müssen wir eine Antwort geben. Das haben Sie heute nicht getan wie auch in der Ersten Lesung nicht. [...]

*(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Das ist absoluter Schwachsinn!)*

Sie haben nämlich keine Alternative benannt, weder hier noch im Ausschuss. Ich will Ihnen ganz ehrlich sagen, Herr Ritter, wenn wir nämlich nichts tun, dann wird es so sein, dass die Präsenz in der Fläche logischerweise und auch schon mathematisch gesehen bei dem Personalabbau, der vonstatten geht, weiter abnimmt. Insofern sind wir gezwungen, eine Strukturkorrektur vorzunehmen. Und das hat das Innenministerium getan. Es dürfte Ihnen bekannt sein, dass sechs unterschiedliche Modelle geprüft worden sind und man sich für zwei Flächenbehörden entschieden hat, gekoppelt daran dann auch die Reduzierung der Polizeiinspektionen von 17 auf 8. Das ist der Vorschlag, der auf dem Tisch liegt. [...] Ganz konkret wird die Möglichkeit geschaffen, hier 270 Mitarbeiter freizusetzen.

Und das ist die inhaltliche, fachliche Begründung für den vorgeschlagenen Struk-

turentwurf. Das eröffnet erst einmal die Möglichkeit, dass wir dann die operative Ebene stärken können. Wir sollten das Ganze nicht schlechtreden und auch als Nächstes der Öffentlichkeit ganz klar sagen – wir haben es oft genug getan, aber ich glaube, wir sollten es an dieser Stelle erneut tun –, dass die 37 Reviere in Mecklenburg-Vorpommern vor Ort erhalten werden inklusive der 75 Stationen. Auch die bleiben erhalten.

Wir sollten zusätzlich sagen, dass die ehemaligen Polizeiinspektionen zu Polizeihauptrevieren umgestaltet werden. Also auch hier erfolgt eine Personalstärkung. [...]

Was für mich auch sehr verwunderlich ist, ist, wie Sie hier agieren hinsichtlich – ich hatte das zu Beginn gesagt – der Standortfrage der Präsidien, das, was eigentlich Gegenstand des Gesetzentwurfes ist. Das, was Sie hier als Begründung niedergeschrieben haben, muss ich Ihnen sagen, ist nicht überzeugend, um hier eine andere Argumentation aufzubauen. Sie wissen auch, dass die Welt nicht so einfach ist, wie Sie es vielleicht in Ihren Gesprächen darstellen. Wir haben eindeutig festgestellt, wenn wir die Standorte Anklam und Neubrandenburg vergleichen, dass wir auf der einen Seite eine Mietimmobilie in Anklam haben. In Neubrandenburg ist das Land selbst Besitzer dieser Immobilie. Dort ist ein sofortiger Bezug, also eine sofortige Nutzung auch mit einem Schieben der Sanierung möglich.

Die Immobilie steht also sofort zur Verfügung. Sie wissen auch genau, dass das in Anklam nicht der Fall ist. Wir müssten dort eine Erweiterung eines Mietbaus erst mal auf den Weg bringen. [...]

Auf der anderen Seite Neubrandenburg, auch daraus möchten wir kein Geheimnis machen. Sanierung plus Ausbau der Leitstelle kosten 13,9 Millionen Euro. Es wird in absehbarer Zeit dort etwas teurer sein. Aber ganz klar unsere Aussage: Kosten sind wichtig, auch Ihre Argumentation, die Sie hinsichtlich der Kommunen aufbauen. Aber bleiben Sie redlich! Es muss ein Abwägungsprozess sein, weil auch andere Punkte für Neubrandenburg sprechen, die schon dem Gesetzentwurf zu entnehmen gewesen sind.

Insofern möchte ich einfach zum Abschluss nur noch einmal zusammenfassen: Die geänderten Rahmenbedingungen plus das Personalentwicklungskonzept, was für uns eine Berücksichtigung finden muss, sind insofern der richtige Lösungsansatz, der hier als Gesetzentwurf vorliegt, um eine Anpassung der Polizeistruktur in Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg zu bringen, um die Zielstellung – größtmögliche Präsenz der Polizei in der Fläche – zu erhalten. Ich fordere Sie auf: Stimmen Sie dem Gesetzentwurf zu [...]. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.“

**Gino Leonhard, FDP:**

## „Gesetzentwurf geht an den eigentlichen Problemen vorbei“



Foto: Cornélius Kettler

■ „Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! [...]

Das Gesetz ist nicht bis zuletzt durchdacht [...]

Es gibt im Grunde niemanden, der ernsthaft hinter den geplanten Änderungen steht. Und so macht Innenminister Cafier dabei eher den Eindruck des Ritters von der traurigen Gestalt. [...]

Alle wissen, wie das mit den Sachzwängen zwischen Landkreisneuordnung



und Polizeistruktureneuordnung zusammenhängt. [...] Das Ob ist also nicht die Frage, sondern das Wie, meine Damen und Herren.[...]

Man muss sich umgekehrt viel mehr Sorge um die Sicherheit von Einwohnern und unseren Gästen [...] machen, denn der Gesetzentwurf geht an den eigentlichen Problemen völlig vorbei. [...] Ich bedauere es zutiefst, dass wir es neben den Kriterien, nämlich der Einwohneranzahl und der Fläche Mecklenburg-Vorpommerns, nicht hinbekommen, dass wir auch die Übernachtungs- und Gästeanzahlen in Mecklenburg-Vorpommern [...] mit einberechnen können.

[...] Nicht die Strukturen der Polizeien sind das Problem, sondern die Mangelverwaltung in der Polizei. [...]. Etwa 200 der rund 6.000 Polizeistellen sollen in den kommenden Jahren zusätzlich wegfallen. Wir sprechen über ‚zusätzlich‘, denn seit 2001 sind inzwischen bereits



Foto: Jans Büttner

fast 1.000 Stellen weggefallen. [...] Ich habe die Gelegenheit gehabt, mir [...] in der Hansestadt Rostock in einer Polizeidirektion das auch von den Kollegen [...] anzuhören und anzuschauen [...]

Mit diesem Gesetzentwurf geschieht nicht mehr als der hilflose Versuch, den vorhandenen Mangel zu verwalten. Deshalb muss auch viel mehr das Personalentwicklungskonzept der Landesregierung, insbesondere auch für die Landespolizei, überarbeitet werden. [...]

Den Menschen wird vorgegaukelt, man könne durch dieses Gesetz einen Sicherheitsgewinn erzielen. Bis heute hat sich [...] noch niemand finden lassen, der diese Annahme wirklich auch stützt. [...]

Ein weiterer Kritikpunkt [...] ist die Reduzierung auf zukünftig zwei Präsidien. [...]

Es gibt weitere Detailgründe, die eine Zustimmung seitens der FDP-Fraktion nicht zulassen. Wir gehen allerdings davon aus, dass wir uns in Kürze mit einer nächsten Reform beschäftigen müssen. [...]"

**Udo Pastörs, NPD:**

## „Sie ignorieren die Analyse von Fachleuten“



Foto: Cornelius Kettler

■ „Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Sie von den Blockparteien mit dem Begriff ‚Reform‘ daherkommen, wissen die Bürger des Landes mittlerweile ganz genau, was damit gemeint ist. Immer, ganz gleich zu welchen Themenkomplexen, haben die Menschen sich auf Verschlechterungen durch Ihre Reformen einzustellen.

Sie, meine Herrschaften, der noch kackfrenchen Blockparteien, kommen nun mit der Polizeistrukturereform 2010, einer Reform, die keine ist, und zerschlagen damit noch den Rest eines Polizeikon-

zeptes, das eh schon mehr als zu wünschen übrig lässt.

*Vizepräsidentin Renate Holznagel:  
Herr Abgeordneter, ich möchte Sie  
ermahnen, die Würde des Hauses zu  
beachten bei Ihrem Redebeitrag.*

Ich werde mich bemühen.

Sie ignorieren die Analyse von Fachleuten außerhalb und innerhalb des Polizeiapparates. Auf welche Ebene man auch schaut, überall das gleiche Ergebnis, dass nämlich Ihre Reformlüge zu einem

eklatanten Verlust der inneren Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern führen wird.

Die Ausdünnung der Polizeipräsenz in der Fläche sowie das Schließen aller Direktionen zeigt deutlich, wo die Reise hingeht. Die durch Schaffung zweier Präsidien erreichte Zentralisation bedeutet, dass Ordnungskräfte vielerorts nicht mehr präsent sind. Noch im Jahr 2000 wurde das Polizeipräsidium in Anklam für über 30 Millionen DM umgebaut, um nach Ihrer aktuellen Planung mit der Entscheidung für Neubrandenburg zur Bauruine auf Kosten des Steuerzahlers zu werden.

Sie sind nichts anderes, meine Damen und Herren der sogenannten Etablierten, als Bankrotteure. Und Bankrotteuren muss man das Handwerk legen, um zu verhindern, dass den Menschen am Ende noch das Letzte genommen wird, worauf sie Anspruch haben, nämlich Sicherheit vor kriminellen Übergriffen. [...]"

Dr. Gottfried Timm, SPD:

## „Mit knappen Finanzen die Sicherheitsaufgaben gewährleisten“



Foto: Cornelius Kettler

■ „Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vieles hat sich in den letzten Jahren geändert. Einsatzlagen zum Beispiel haben sich verändert, Versammlungslagen, beispielsweise hervorgerufen durch solche schrillen und demokratiefeindlichen Reden, wie wir sie eben hier im Landtag gehört haben.

*(Udo Pastörs, NPD: Das war Tacheles. – Stefan Köster, NPD: Fangen Sie doch an zu heulen! – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)*

Es haben sich geändert Fußballspiele und Lagen bei Gewalteinsetzungen im Zusammenhang mit Fußballspielen. Insbesondere haben sich nach dem 11. September 2001 schlagartig die Sicherheitslage und auch das Bewusstsein über die Sicherheitslage auf der ganzen Welt geändert. Die Terrorismusbekämpfung musste weltweit neu aufgestellt werden, auch in Mecklenburg-Vorpommern.

Hier bei uns im Lande haben sich durch den Wegfall der Grenzkontrollen nach Polen die Sicherheitsaufgaben der Landespolizei dadurch geändert, dass die Bundespolizei sich aus dem Grenzbereich etwas zurückgenommen hat. Durch neue Technik – insbesondere im Internet, durch Mobilfunkkommunikation, durch die Möglichkeit von Video- und Bildaufzeichnungen in Hülle und Fülle – haben sich Kriminalitätsformen geändert und natürlich auf der anderen Seite ebenso. Und es haben sich – daran müssen wir auch im SOG weiterarbeiten – die Einsatzmöglichkeiten der Landespolizei geändert und sie

haben sich auch zu ändern.

Durch die Haushaltslage der öffentlichen Kassen sind dem Einsatz und der Organisation der Landespolizei natürliche Grenzen gesetzt oder, andersherum gesagt, gewaltige Herausforderungen gestellt, denn mit knapper werdenden öffentlichen Finanzen diese Sicherheitsaufgaben zu gewährleisten, ist die eigentliche Aufgabe, vor der die Landespolizei und die Regierungskoalition, die diese unterstützt, steht.

Meine Damen und Herren, das Polizeiorganisationsgesetz regelt die Polizeiorganisation auf der obersten Polizeibehördenebene. Die Flächendirektionssitze, das ist hier schon erwähnt worden, in Schwerin, in Stralsund und Anklam fallen weg, jedenfalls dann, wenn das Gesetz so beschlossen wird, wie es der Innenausschuss Ihnen vorgelegt hat. Die Direktionssitze in Rostock und Neubrandenburg werden weiterentwickelt zu Polizeipräsidien. Nach langer Erörterung im Innenausschuss haben wir diesen Vorschlag der Landesregierung für richtig gehalten. Mit „wir“ meine ich die Abgeordneten der Regierungskoalition.

Unterhalb der Präsidien wird die Organisation nicht durch das Gesetz, sondern auf der Grundlage des Gesetzes durch Entscheidungen des Innenministeriums umgesetzt. Nach den Unterlagen und den Erörterungen, die wir im Innenausschuss und darüber hinaus geführt haben, ist es aus unserer Sicht richtig, aus den 17 Polizeiinspektionen acht Polizeiinspektionen zu entwickeln, die dann zahlenmäßig und

sicherlich auch im Blick auf die Aufgabenbalance übereinstimmen mit den zukünftigen zwei kreisfreien Städten und sechs Landkreisen, die zusammen dann acht Gebietskörperschaften ausmachen, so dass hier dann auch wieder eine Deckungsgleichheit entstehen wird.

Es war fast die Quadratur des Kreises herzustellen, weil die Haushaltslage des Landes uns allen die Zwänge vor Augen führt, die auch in der Debatte, die ich hier jetzt nicht wiederholen will, die wir soeben geführt haben, bereits uns allen vor Augen getreten ist und in der wir zu entscheiden haben, wie wir optimal die Landespolizei aufstellen, um die entsprechenden Aufgaben, die wir beschrieben haben und die sich sicherlich auch in Zukunft wandeln werden, bewältigen können. Dabei geht es immer auch um eine finanzpolitische Abwägung zwischen verschiedenen Aufgaben, die das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern seinen Bürgern gegenüber gewährleisten muss, Aufgaben der inneren Sicherheit einerseits, Aufgaben im Bereich der Kindertagesstättenbetreuung, der Schul- und der Hochschulpolitik andererseits, Aufgaben im Sozialbereich oder bei der Wirtschaftsförderung. Überall ist Geld nötig und überall wäre sicherlich auch mehr Geld möglich einzusetzen, aber wir sind haushaltspolitisch an die Grenzen gebunden, die die Einnahmen des Landes uns zum verantwortlichen Handeln ermöglichen.

So haben wir mit Augenmaß und verantwortlich auch im Bereich der Polizeiorganisation zu entscheiden. Die Koalition will auch entscheiden. Wir stehen dafür, dass wir diese Entscheidung treffen und auch vertreten. Herr Innenminister Caffier hat schon formuliert, dass mit weniger Mitarbeitern in Zukunft gleich gute Leistungen in Mecklenburg-Vorpommern für die Gewährleistung der inneren Sicherheit den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber zu erreichen sind.

*(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)*

Das ist sozusagen fast die Quadratur des Kreises. Ich glaube, dass sie zu gewährleisten ist. Das zeigt die Entwicklung der letzten Jahre, wo auch schon Mitarbeiterstellen abgebaut werden mussten. Deshalb bitte ich Sie im Namen der Koalition und besonders der SPD-Fraktion um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf. – Vielen Dank.“



Foto: Claudia Richter

## Was Europa nach 2013 zusammenhält

**Anhörung im Europa- und Rechtsausschuss zur Zukunft der EU-Förderpolitik**

■ Manche Themen erschließen sich erst auf den zweiten Blick. Die EU-Kohäsionspolitik gehört dazu. „Kohäsion“ meint in diesem Zusammenhang „Zusammenhalt“ – das Zusammenwachsen und Zusammenstehen der europäischen Regionen, die durch enorme wirtschaftliche Unterschiede geprägt sind. Europa gibt den wirtschaftlich nicht so starken Regionen über eine finanzielle Förderung die Möglichkeit, Nachteile abzubauen und zu den wirtschaftlich stärkeren Regionen aufzuholen.

Das Thema bildete bereits einen Schwerpunkt der Unterrichtsfahrt des Finanzausschusses nach Brüssel (LandtagsNachrichten berichteten). Nun war es Gegenstand einer Anhörung im Europa- und Rechtsausschuss am 2. Juni. Während der Anhörung wurden die verschiedenen Positionen und Meinungen zu den Themen vorgestellt und diskutiert.

Dass die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik für das Land von großer Bedeutung ist, ist unumstritten. Aus den europäischen Strukturfonds werden in der laufenden Förderperiode zwischen 2007 bis 2013 rund 2,6 Milliarden Euro ins Land fließen. Erfolge sind sichtbar und spürbar: Schon im Jahre 2006 wurde die Grenze von 75 Prozent des durchschnittlichen EU-Bruttoinlandsproduktes überschritten. Dadurch wird das Land in der kommenden Förderperiode voraussichtlich nicht mehr in die höchste Förderkategorie (Ziel-1-Konvergenz-Region) eingestuft. Damit hängt eine Reihe von Fragen zusammen, deren Beantwortung von erheblicher finanzieller Bedeutung für unser Land ist: In welchem Umfang wird das Land weiter gefördert werden? Wie hat die Aufteilung der Fördergelder im Land zu erfolgen? Es gilt zu klären, welche Schwierigkeiten aufgrund der veränderten Verhältnisse auf Mecklenburg-Vorpommern zukommen, aber auch, welche Möglichkeiten sich dem Land bieten. Denn auf EU-Ebene ist bislang noch vieles

offen, so zum Beispiel die Frage, ob die zukünftigen Strukturfonds auf die ärmsten Regionen oder auf eine EU-weite Förderung konzentriert werden sollen. Im Rahmen einer schriftlichen Unterrichtung hat die Landesregierung auf Drucksache 5/3240 dem Landtag ein Positionspapier übersandt; die ostdeutschen Ministerpräsidenten haben sich auf einen gemeinsamen Beschluss verständigt (vgl. Drucksache 5/3321).

Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Bezirk Nord, der Vereinigung der Unternehmensverbände für M-V, der Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in M-V sowie des Bundes für Umwelt- und Naturschutz BUND und des Bauernverbandes M-V nannten eine europäische Gleichstellung der Landwirtschaftsreformen sowie Mikrodarlehenprogramme zusätzlich als nötige Teile der Förderpolitik.

Des Weiteren gab es unterschiedliche Meinungen über eine eventuelle Teilung des Landes in zwei Förderregionen und über die Hinzuziehung zusätzlicher Förderkriterien. Auch wurde die Möglichkeit einer mehrstufigen Differenzierung bei der Einteilung in Förderkategorien für den gesamten europäischen Raum thematisiert. Einig waren sich alle, dass Übergangsregelungen unbedingt erforderlich sind, um die bislang mit der Förderung erreichten Ziele nicht zu gefährden.

Zusätzlich wurde das Thema der Abwanderung aus Mecklenburg-Vorpommern wegen unzureichender Einkommens- und Erwerbsmöglichkeiten angesprochen. Um die demografische Entwicklung abzumildern, wurden „gute Arbeit“ und soziale Integration als potenzielle Lösungen vorgeschlagen.

Positiv hoben alle Teilnehmer die in dem meisten Fällen gut funktionierende Beteiligung der Sozialpartner hervor.

Der Ausschussvorsitzende **Detlef Müller** sagte nach der Anhörung: „Das Thema hat mehrere Aspekte: Mit Bezug auf die Entscheidungen auf europäischer Ebene müssen wir versuchen, Allianzen zu schmieden, um unsere Interessen noch nachdrücklicher vertreten zu können. Im Land sind wir bislang gut gefahren mit der Einbindung der Wirtschafts- und Sozialpartner über den so genannten Begleitausschuss. Daran sollten wir nach Möglichkeit festhalten. Wir werden die Anhörung sorgfältig auswerten, um dem Landtag einen fundierten Beschluss zu dem Thema empfehlen zu können.“



Grafik: Uwe Balewski

## Vernetzung

### **Gemeinsame parlamentarische Beschlüsse für die südliche Ostseeregion**

■ Vom 21. bis 23. Mai fand im polnischen Elbing das 8. Parlamentsforum Südliche Ostsee statt. Rund 60 Teilnehmer der deutschen Länderparlamente Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, der polnischen Sejmiks Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren sowie der Kaliningrader Gebietsduma und des schwedischen Regionalrates Schonen nahmen an dieser Konferenz teil. Im Mittelpunkt der Beratungen standen – entsprechend den politischen Schwerpunkten der EU-Ostseestrategie sowie der Integrierten Maritimen Politik der EU – die maritime Raumordnung, ein integriertes Küstenzonenmanagement sowie die Infrastruktur- und Verkehrsentwicklung und deren Auswirkungen auf die Umwelt in der südlichen Ostseeregion.

Grundsatz- und Schwerpunktreferate von Wissenschaftlern und Sachverständigen aus Wirtschaft und Verwaltung im Verlaufe von vier Arbeitsgruppensitzungen bildeten den Rahmen für die Erarbeitung der in der einstimmig verabschiedeten Resolution enthaltenen Handlungsempfehlungen. Der inhaltliche Fokus war auf die Entwicklung und den Ausbau der Infrastruktur von Häfen, ihrer Hinterlandanbindungen und Vernetzung sowie deren Anbindung an die Transeuropäischen Verkehrsachsen (TEN-T) und die Meeresautobahnen (MoS) ausgerichtet.

Hinsichtlich der anstehenden Revision der TEN-Leitlinien auf europäischer Ebene sah es das Forum als notwendig an, zwischen den Verkehrskorridoren und Aufkommenspunkten eine effiziente Vernetzung anzustreben sowie die südliche Ostseeregion durch einen Ost-West-Korridor zu ergänzen. Dabei sollen weitestgehend bestehende Trassen, Konzepte der „Grünen Korridore“ und „Ko-Modalität“ sowie umweltfreundliche Projekte genutzt werden.

### **Infrastruktur- und Verkehrsentwicklung**

Die prioritären TEN-Projekte sollen miteinander verbunden, um Lückenschlüsse ergänzt und zu einem Kernnetz zusammengefasst werden. Darüber hinaus sollen zusätzliche Meeresautobahnen zur Entlastung des Straßenverkehrs beitragen. In diesem

Zusammenhang fordern die Parlamentarier, dass die EU bei der Entwicklung neuer Förderrichtlinien die Stärkung der Häfen und ihrer Hinterlandanbindungen, insbesondere durch umweltfreundliche Schienenwege und Binnenwasserstraßen, berücksichtigt. Um die Ostsee bis 2015 zu einer erfolgreichen Modellregion auszubauen, werden gemeinsame Initiativen auf internationaler und auf europäischer Ebene gefordert, die die Reduzierung von Umweltbelastungen in den Häfen voranbringen, zum Beispiel durch eine freiwillige Stromversorgung der Schiffe über einen Landanschluss. Des Weiteren sollen vor dem Hintergrund der international verbindlichen stufenweisen Absenkung des Schwefelanteils in Schiffstreibstoffen bis 2015 mögliche Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden, um zu verhindern, dass Gütertransporte verstärkt auf die Straße verlagert werden.

### **Maritime Raumordnung und Integriertes Küstenzonenmanagement**

Für den Bereich der Maritimen Raumordnung (MRO) und das Integrierte Küstenzonenmanagement (IKZM) fordern die Konferenzteilnehmer verbindliche Regelungen, um Nutzungskonflikte so früh und so weit wie möglich zu minimieren. Freie Seewege und der möglichst uneingeschränkte Zugang der Häfen zu seeschifftiefem Wasser seien elementare Standortbedingungen. Zudem sollen bei der MRO die Interessen benachbarter Regionen besser als bisher aufeinander abgestimmt werden. So sollen auch die MRO und das IKZM ganzheitlich miteinander verbunden werden. Verbindlichkeit erlangen soll das IKZM durch freiwillig abgeschlossene Vereinbarungen auf der Grundlage bi- und multilateraler Verträge zwischen den Akteuren.

### **Regionalentwicklung und Umwelt**

Der Fähr- und Kreuzfahrttourismus soll durch attraktive Angebote und gemeinsame Vermarktungskonzepte gestärkt werden, wobei insbesondere auf den Segelsport fokussiert wird. Des Weiteren fordern die Regionalparlamente zusätzliche Maßnahmen gegen die Überfischung der Ostsee. Für mögliche Maßnahmen bei Lärmschutz und Luftreinhaltung wurde die Einrichtung eines Netzwerkes gefordert, das den Austausch von Informationen und Projekten fördert.

Das 9. Parlamentsforum wird vom 20. bis 21. Mai 2011 in Danzig anlässlich des Europäischen Tages der Meere ausgerichtet.

## Landtag vor Ort

### Landtag zum dritten Mal beim Tag der Vereine in Anklam dabei

■ Im Rahmen der Aktion „Landtag vor Ort“ beteiligte sich der Landtag am 19. Juni am „Tag der Vereine“ in Anklam. Am Peene-Ufer präsentierten sich 58 Vereine und Verbände. Mittendrin der Landtag, mit eigenen Ständen nach 2008 und 2009 zum nunmehr dritten Mal bei dem schon traditionellen Fest dabei. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung standen von 10 bis 16 Uhr für Gespräche zur Verfügung. Der Bürgerbeauftragte des Landes, Bernd Schubert, war ebenfalls wieder dabei. In den Zelten und an den Ständen des Landtages wurden Informationen zur Funktions- und Arbeitsweise des Landesparlaments geboten. An einer Meinungswand konnten die Besucher Gedanken und Anregungen zu aktuellen politischen Fragen notieren. Wer einen vorbereiteten Demokratie-Parcours absolvierte – hierzu gehörte unter anderem ein Landtagsquiz – hatte die Chance, zahlreiche kleine Preise zu gewinnen. Als Hauptpreis winkte eine Reise für zwei Personen zum Sitz des Landtages Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin – inklusive Schlossführung und Mittagessen im Schlossrestaurant. Auch für Kinder gab es verschiedene Angebote: Sie konnten sich im Kinderzelt schminken lassen, selbst malen oder an einem Luftballonwettbewerb teilnehmen.

Das Engagement des Landtages ist Teil der Aktionen des landesweiten Bündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“. „Demokratie lebt vom Mitmachen, Sich-Einbringen und Gestalten“, sagte Sylvia Bretschneider zur Eröffnung. „Jede und jeder ist gefragt, Ideen zur Verbesserung unseres Alltags einzubringen und umzusetzen.“ Die Vielfalt des Engagements sei nur in einer Demokratie möglich, betonte sie. „Was wäre, wenn nur ein zentral gesteuerter Verein existiert, der Denken, Meinungen, Kleidung und Aktionen vorschreibt? Wenn einige wenige festlegen, wessen Stim-



Fotos: Landtagsverwaltung



me mehr zählt und wer lebenswert ist? Wenn vorgegeben wird, in wen man sich – nach Hautfarbe und Genetik – verlieben darf; welches Essen erlaubt ist?“ fragte sie. „Soweit darf es nie wieder kommen!“ Sylvia Bretschneider dankte den vielen ehrenamtlichen Akteuren, die durch ihren Einsatz das Miteinander in ihrer Region gestalten.

Der Landtag wird in diesem Jahr im Rahmen des WIR-Bündnisses in weiteren Städten und Gemeinden des Landes Station machen – unter anderem am 18. September beim Lindenfest in Lübbtheen.

## Tag der offenen Tür

im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

**Sonntag, 12. September 2010**  
**10.00 – 18.00 Uhr**

■ Am Tag der offenen Tür haben Besucher Gelegenheit, normalerweise nicht öffentlich zugängliche Bereiche des Landtages zu besichtigen, z.B. die Bibliothek, das Ältestenratzimmer und die Prunkkuppel. Bei ihrem Rundgang können sie neben dem Plenarsaal auch verschiedene Beratungsräume der Ausschüsse kennen lernen und Informationen über deren frühere und heutige Nutzung bekommen. Zugleich erhalten sie einen Eindruck über die Herausforderungen, die eine denkmalgerechte Sanierung unter Berücksichtigung der Nutzungserfordernisse eines modernen Parlamentsbetriebes stellt.

Im Plenarsaal finden Podiumsdiskussionen statt. Außerdem

wird es eine Schaubdebate mit Landesfinalisten des Bundeswettbewerbs „Jugend debattiert“ geben.

In Räumen auf der zweiten und dritten Etage wird die Arbeit aller Ausschüsse des Parlamentes vorgestellt. Abgeordnete sowie Mitarbeiter der Landtagsverwaltung stehen dort für Gespräche zur Verfügung. Im Innenhof des Schlosses präsentieren sich die Landtagsfraktionen. Vor dem Hauptportal des Schlosses stellen Initiatoren und Unterstützer des Bündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ das Anliegen und geplante Aktionen der Kampagne vor. Für das leibliche Wohl ist natürlich auch gesorgt.



Foto: Cornelius Kettler

# Bundesgartenschau ist Geschichte – und Gegenwart

Die BUGA 2009 hat Spuren rund ums Schloss hinterlassen

■ So mancher Schweriner denkt mit Wehmut an den vergangenen Sommer: Im Garten des 21. Jahrhunderts lustwandeln, im Küchengarten einen Wein genießen, im Burggarten den sprechenden Rosen lauschen. Die Bundesgartenschau 2009 ist Geschichte. Und doch auch ein Jahr später allgegenwärtig. Ihre Spuren finden sich fast überall in der Landeshauptstadt, die durch die Schau attraktiver und bundesweit bekannter wurde.

Das wird dem Tourismus auch künftig guttun, ist der ehemalige BUGA-Sprecher Gert Steinhagen überzeugt. „Es gab von Beginn an ein Nachnutzungskonzept, das mit der Stadt und dem Land abgesprochen war“, erklärt er. So sei klar gewesen, welche Bereiche erhalten bleiben und wer die Pflege dafür übernimmt. Auch, wenn diese nun nicht mehr so aufwändig betrieben werden kann, sondern kostengünstiger gestaltet werden muss. Auch das Schloss, seit 1990 Sitz des Landesparlaments, profitierte von der Bundesgartenschau. Es zeigte sich den Touristen gänzlich hüllenlos, das heißt erstmals seit 1995 ohne Baugerüste. Mit der Sanierung des Burggartens, der sich um den Vorzeigebau des Historismus schmiegt, hat die Landtagsverwaltung in den 1990er Jahren begonnen. Zur BUGA erhielt nun auch der Rosenhügel im nördlichen Teil des Areals seine ursprüngliche Gestalt zurück. Komplett in alter Schönheit neu erstrahlt, lädt der Burggarten auch 2010 zum Flanieren ein.

Wer vom Schloss am Burgsee entlang zum ehemaligen Haupteingang der BUGA spaziert, dem nach der legendären Blumenfrau benannten Bertha-Klingbeil-Platz, nimmt die Änderungen wohl am augenscheinlichsten wahr. Von der Promenade, die ihren Namen nun auch verdient, fällt der Blick fast von jeder Stelle aus frei auf den Prachtbau auf der Schlossinsel. Und auch auf den Garten des 21. Jahrhunderts. Die sogenannte schwimmende Wiese im Burgsee ist auch heute mehr als eine Rasenlandschaft. Rund die Hälfte der originellen Hügel in der Form von Mandarinstückchen sind erhalten geblieben und werden nun im Auftrag der Stadt bepflanzt und gepflegt.

Den freien Blick aufs Schloss freilich kann man seit dem Vorjahr auch vom einstigen Herzstück der Bundesgartenschau genießen – dem vollständig wieder hergerichteten barocken Schlossgarten mit seinen schnurgeraden Sichtachsen. Der Betrieb für Bau und Liegenschaften des Landes (BBL) sorgt gerade mit dafür, dass Besucher des Parks sich bald auch wieder bei einem Glas

Wein von ausgedehnten Spaziergängen ausruhen oder einfach den Feierabend genießen können. Im vollständig sanierten Pavillon soll ab September 2010 fürs leibliche Wohl gesorgt werden. Am Franzosenweg ist der BUGA-Abenteuerspielplatz weiterhin Anziehungspunkt für Kleine und Große.

Nicht nur das Gelände rund ums Schloss, die gesamte Landeshauptstadt, so meinen Experten und Einwohner wohl völlig im Einklang, ist schöner geworden. Was sich herumgesprochen haben dürfte – schließlich bringen auch heute Reisebusse zahlreiche Ausflügler in die Stadt mit dem berühmten Landtags-

sitz. Was nicht blieb? Die beliebte Pontonbrücke zum Beispiel, die es ermöglichte, übers Wasser zu gehen – und vom Schweriner See aus einen wundervollen Blick auf Schloss und Burggarten gestattete. Große Teile sind an den Meistbietenden verkauft worden – dem Zweckverband Lausitzer Seenlandschaft Brandenburg. Künftig können sich Touristen auf einem See bei Senftenberg daran erfreuen. Neue Besitzer der schmalen Pontonteile sind Schweriner Wassersportvereine, die Stege gut gebrauchen können.

Inzwischen ist fast alles über den imaginären „Ladentisch“ gegangen, was veräußert werden sollte, sagt Gert Steinhagen. Gartenmöbel, Pflanzenkübel und Papierkörbe sind auf ganz Deutschland verteilt. Liegen und Stühle gingen an die Internationale Gartenschau Hamburg. Parkmöbel kaufte auch der Stadtpark in Norderstedt, wo in diesem Jahr die Landesgartenschau Schleswig-Holstein stattfindet. Einiges Inventar erwarb die Bundesgartenschau 2011 Koblenz.

Alles in allem sei ein Überschuss erwirtschaftet worden, sagte Steinhagen. Drei Millionen Euro werden für die Landeshauptstadt ausgeschüttet. Die Schweriner BUGA sei neben der in Potsdam 2001 die einzige seit 1951, die kostendeckend beziehungsweise mit einem Plus endete. Demnächst wird ein Liquidator die BUGA GmbH in Schwerin auflösen. Doch die Erinnerung wird bleiben und der tolle Blick aufs Schloss.

Das Land hat zur BUGA 2009 rund 30 Millionen der insgesamt investierten 47,2 Millionen Euro beigesteuert. Davon stammten 70 Prozent aus EU-Fördertöpfen. Dadurch sind den Angaben nach Investitionen von insgesamt 350 Millionen Euro ausgelöst worden.



Zur BUGA erhielt der Rosenhügel im nördlichen Teil des Schweriner Burggartens seine ursprüngliche Gestalt zurück.

Foto: Claudia Richter

# 850 Jahre Schwerin



Foto: Rainer Cordes

## Vom Fürstensitz zum Zentrum der Demokratie

**Landtag präsentierte beim Festumzug den schönsten Landtagssitz Deutschlands**

■ Was wäre Schwerin ohne sein Schloss? Zwar ist der märchenhafte Bau selbst erst 150 Jahre alt – seine Fundamente allerdings und auch manche Gebäude sind wesentlich älter. So tauchte das Schloss im Festumzug gleich in mehreren Bildern auf. Für das Bild 45 des historischen Festumzugs „Der schönste Landtagssitz Deutschlands“ hatte der Landtag die Patenschaft übernommen. „Vom Fürstensitz zum Zentrum der Demokratie“ lautete die Botschaft. Bis zur Stadtgründung stand auf der Insel im Schweriner See die Hauptburg von Slawenfürst Niklot. 1358 kauften Nachfahren Niklots die Grafenschaft und residierten über fünf Jahrhunderte bis 1918 auf der Insel im Schweriner See. Seit 1990 ist das Schloss Sitz des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung waren sympathische Botschafter des Parlaments und freuten sich über das Interesse der Festbesucher an Landtags-Informationen. Ganz oben in der Gunst des Publikums aber standen die pfiffigen Schloss-Sonnenblenden, die noch am Abend auf Tausenden Köpfen für das Schloss und auch den Parlamentssitz warben.



Foto: Cornelius Kettler



Foto: Claudia Richter



# 850 Jahre Schwerin



Foto: Rainer Cordes



Fotos: Cornelius Kettler



Foto:



# Der Festumzug



Foto: Claudia Richter



Fotos: Cornelius Kettler





# WIR. Erfolg braucht Vielfalt

Fotos: büro vi.p. Schwerin



## Vielfalt für die nächsten 850 Jahre!

**WIR-Truck als letztes Bild und krönender Abschluss des Festumzuges**

■ Das war zum Abschluss des fast dreistündigen Festumzuges noch mal ein echter Paukenschlag: der riesige, futuristisch anmutende Truck der Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“. Die Botschaft für die über 150.000 Schaulustigen unübersehbar: Vielfalt für die nächsten 850 Jahre!

Vielfalt auch an Bord des Wagens: viele junge Leute, die wie bei der Jobparade tanzten und feierten, Vertreter von Landtag, DGB, Unternehmensverbänden, Vereinen, Kultur und Medien – allesamt Unterstützer der WIR-Initiative für Demokratie und Toleranz. Für tolle Stimmung sorgten die Star-DJs Alex Christensen und Mike Hasemann. Die Schweriner und ihre Gäste entlang der Strecke begrüßten und bejubelten den Musiktruck mit der auffälligen, von dem Star-Designer Luigi Colani entworfenen Zugmaschine begeistert. Nähere Informationen zum Bündnis gibt es über die Geschäftsstelle „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“, Tel. 0385 / 55 57 09 14, sowie im Internet unter [www.wir-erfolg-braucht-vielfalt.de](http://www.wir-erfolg-braucht-vielfalt.de)





# Lichtinszenierung des Schlosses

Foto: IHK zu Schwerin

Der Planungswettbewerb zur Anstrahlung des Schweriner Schlosses ist entschieden. Das siebenköpfige Preisgericht unter dem Vorsitz von Prof. Dr.-Ing. Thomas Römhild (Hochschule Wismar) hat einstimmig den Entwurf des Lichtplaners Burckhard Wand aus Hamburg zum Siegerentwurf erklärt. Die Jury befand, dass das Bauwerk als Glanzpunkt inszeniert und so das abendliche Schwerin in herausragender Weise bereichern werde. Der Ältestenrat bestätigte am 30. Juni diese Entscheidung des Preisgerichts und fasste den Beschluss, den Sieger des Wettbewerbs mit der weiteren Bearbeitung der Entwurfsplanung zu beauftragen. Ab dem 8. Juli werden alle Wettbewerbsarbeiten im ehemaligen Pferdestall des Schlosses Schwerin öffentlich ausgestellt.

## Gewinnspiel des Landtages

Schön, dass Sie die LandtagsNachrichten gelesen haben! Das zeigt, dass Sie sich für unser Land interessieren und neugierig sind, mehr über „Meckpom“ zu erfahren. Mit dem Wissen aus dem Heft ist die Beantwortung unserer Quiz-Fragen nur noch ei-

ne kleine Fleißarbeit – die sich lohnt, denn unter den richtigen Einsendungen verlosen wir attraktive Preise.

Also – investieren Sie etwas Zeit. Wir freuen uns auf Ihre Post!

### 1. Wie viele Delegierte entsandte Mecklenburg-Vorpommern in die Bundesversammlung zur Wahl des neuen Bundespräsidenten?

R) 7                      S) 9                      T) 13

### 2. Wie viele Jugendliche absolvierten im Landtag ein Freiwilliges Soziales Jahr in der Demokratie?

O) 7                      P) 5                      Q) 3

### 3. Wo befindet sich die Hochschule für Musik und Theater?

J) Schwerin              K) Greifswald              L) Rostock

### 4. Wann findet die nächste reguläre Plenarsitzung des Landtages nach der Sommerpause statt?

D) 15. August              E) 15. September  
F) 15. Oktober

### 5. Wo haben künftig die zwei Polizeipräsidien in Mecklenburg-Vorpommern ihren Sitz?

B) Rostock und Schwerin              E) Rostock und Greifswald  
R) Rostock und Neubrandenburg

### 6. Wann macht „Landtag vor Ort“ Station in Lübtheen?

B) 18. August              A) 18. September  
C) 18. Oktober

### 7. Wozu lädt der Landtag an 12. September ein?

L) Freiwilliger Arbeitseinsatz im Burggarten  
M) Autogrammstunde der Landtagspräsidentin  
N) Tag der offenen Tür

### 8. Wann findet die nächste Landtagswahl statt?

X) September 2013                      Y) September 2012  
Z) September 2011

Bitte frei machen  
falls Briefmarke  
zur Hand

**Landtag  
Mecklenburg-Vorpommern**

Öffentlichkeitsarbeit

Lennestraße 1

19053 Schwerin

LandtagsNachrichten  
Mecklenburg-Vorpommern

Das Schweriner Schloss, Foto: © Jörn Lehmann

Karte bitte ausschneiden



**Die LandtagsNachrichten  
habe ich mitgenommen**

als Besucher/in des Landtages  
als Besucher/in des Schlossmuseums  
von einer/In Abgeordneten bekommen  
ich bin Abonnent/in

1 2 3 4 5 6 7 8 **Lösungswort**

Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt.  
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.  
Die Adressen werden nach der Verlosung nicht gespeichert  
oder an Dritte weitergegeben.

Absender:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

(Adressfeld für Abonnenten)



Foto: Claudia Richter



Foto: Frank Reichelt



Foto: Stefan Janssen

Bei seinem Antrittsbesuch in Mecklenburg-Vorpommern am 23. Juni besuchte der Botschafter der Republik China, S.E. WU Hongbo, auch den Landtag. Hier wurde er von Vizepräsidentin Renate Holznagel begrüßt. Beide Gesprächspartner betonten ihr Interesse an einer Vertiefung der Zusammenarbeit, insbesondere auf der Ebene der bereits bestehenden Städte- und Regionalpartnerschaften. Wachstumspotenzial bestehe vor allem auch im Bereich des Tourismus. Wu Honbo trat nach seinem Universitätsstudium in den diplomatischen Dienst. Er war unter anderem in Beijing, in Neuseeland und auf den Philippinen sowie im Außenministerium der VR China tätig. Seit 2009 ist der 58-Jährige Botschafter seines Landes in Deutschland.

"Schule zeigt dich" war das Motto eines Projekttag an der Beruflichen Schule der Landeshauptstadt Schwerin. In zahlreichen Workshops beschäftigten sich die Schüler mit verschiedenen Lebenssituationen, wie Umgang mit Finanzen, Bewerbertraining, Suchtbekämpfung, Verkehrssicherheit bis hin zu nicht alltäglichen Aktivitäten wie Beatbox, Gamedesign, Poetry Slam, Pilates und Yoga. Die Schirmherrschaft hatte wie in den Vorjahren Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider übernommen, die in einer Podiumsdiskussion gemeinsam mit weiteren Unterstützern der Initiative "WIR. Erfolg braucht Vielfalt" die Jugendlichen ermutigte, sich für Demokratie und Toleranz zu engagieren. Organisiert hatten das Megaprojekt die zukünftigen Veranstaltungskaufleute der Berufsschule, darunter auch Landtags-Azubi Anne-Cathrin Lüttke, die ihre Praxisausbildung im Protokoll des Landtages absolviert.

Unter den 64 Debattanten aus ganz Deutschland, die sich für das Bundesfinale „Jugend debattiert“ am 20. Juni in Berlin qualifiziert hatten, waren auch die vier Besten aus Mecklenburg-Vorpommern: Wibora Broschinski (Werkstattsschule Rostock), Michéle Fischer (Fridericianum Schwerin), Franziska Bröker (Friedrich-Ludwig-Jahn-Gymnasium Greifswald) und Tom Brüggert (Gerhart-Hauptmann-Gymnasium Wismar). Mit Rückenstärkung ihrer Lehrer und dreier früherer Bundesfinalisten kämpften die vier um den Einzug in die Finalrunde der letzten Acht. Auch wenn das leider nicht klappte, waren alle von den Erfahrungen in Berlin begeistert. „Wir haben so viele tolle Leute kennen gelernt und Kontakte geknüpft. Das hat Spaß gemacht und hat mir richtig was gebracht“, brachte Tom Brüggert die Meinung aller auf den Punkt. Unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Horst Köhler hatten sich bundesweit 90.000 Schülerinnen und Schüler an dem Debattier-Wettbewerb beteiligt.

